

Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditoren:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 14.

Sonnabend, den 7. April 1888.

II. Jahrgang.

Inhalt:

Die Berliner Arbeiter und die Stadtverordnetenwahlen. Ein Gutachten und ein Rückblick. II. — Die Arbeiterbewegung und die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels. III. — Ed. Vaillant und der Pariser Gemeinderath. II. — Wirtschaftliche Kartelle und Privatmonopole.

Am Grabe Max Kayser's. — Das gute Herz unserer „Zahlungsfähigen.“ Novelle. — Fendale Reaktion. — Armuth und Reichthum in Wien. — Aus dem sächsischen Landtag. Ernstes und heiteres. — Die Beerdigung Max Kayser's.

Politisches und Sozialpolitisches. — Vereine und Versammlungen.

Die Berliner Arbeiter und die Kommunalwahlen in Berlin.

Ein Gutachten und ein Rückblick von Max Schippel.

III.

Als vor einigen Wochen der Wahlenthaltungsbeschluss die Uneingeweihten — und nur diese — wie ein plötzlicher Dammbreach überrascht hatte, da kamen gerade die Drohungen einiger reaktionärer Blätter sehr gelegen. Man glaubte bereits neue, scharfe Maßregeln gegen die Berliner Arbeiter in Sicht und mahnte in theils beweglichen, theils feierlichen Worten, von der „abschüssigen Bahn“ zur rechten Zeit noch umzukehren.

Diese Art, einen unhaltbaren Standpunkt dadurch zu verteidigen, daß man irgend einen hohlen konservativen Kirchensopha als Schreckgespenst umgehen läßt — ist glücklicherweise seitens der Arbeiterpartei mehr und mehr aufgegeben worden und wir können uns deshalb mit einigen wenigen Worten der Erwiderung begnügen.

Bisher hat man in zielbewussten Kreisen immer angenommen, daß Drohungen der Reaktion für unsere Partei kein schlimmes Zeichen seien, denn man droht nur dem, dessen Macht man fürchtet; man fordert nur dann scharfere Maßregeln, wenn die alten sich ohnmächtig an einer überstarken Volksbewegung gebrochen haben. Jedemfalls hat uns früher das Geschrei der Reaktion nach Polizei und Polizeigesetzen niemals abgehalten, ruhig weiter unseres gewiesenen Weges zu wandeln, unerschütterlich unserer inneren Ueberzeugung zu leben und ihr bei allen gebotenen Anlässen auch nach außen hin unerschrocken Ausdruck zu geben — und wenn das heutige System darin noch soviel Vorwände zu neuen Beschränkungen sah! Will man darin eine Aenderung bewirken, nun wohl, dann mag sie auch gründlich und umfassend sein!

Dem Umstand, daß die deutschen Arbeiter so frei waren, Sozialdemokraten zu sein, verdanken wir überhaupt das gewaltige Emporwachsen der Regierungsvollmachten, verdanken wir das Sozialistengesetz. Um der Reaktion die ihr beschiedenen Triumphe von vornherein zu vereiteln, hätten wir mithin nach der jetzt öfter gehörten Anschauung aufhören müssen, den Sozialismus hochzuhalten.

Die Expropriation sollte — wie man beim ersten Auftauchen dieser staatsmännischen Idee allgemein annahm — der Reichstagsfraktion und den Kongreßtheilnehmern gelten. Haben wir deshalb auch nur einen Augenblick daran gedacht, auf parlamentarische Vertretung und allgemeinen Parteitag zu verzichten?

Es dürfte kaum Jemandem ein solcher Einfall gekommen sein; aber dann verschone man uns auch jetzt mit den neulichen Drohungen der Reaktion gegen die „Innere“ und die „Radikalen“! Niemand wird natürlich Widerstände und Unterdrückungsversuche seitens der Herrschenden unnütz und leichtsinnig herausfordern wollen; aber ihr Eintritt darf auch niemals Anlaß geben, irgend etwas

umzustößen, was als im Interesse unserer Partei liegend erkannt und beschlossen worden ist. Gehen wir von diesem Grundsatz einmal ab, dann legen wir die Art an die Wurzeln unserer Partei, denn alle Beschränkungen der freien Bewegung gründen sich seit 1878 — und noch länger — darauf, daß wir sozialistisch denken und handeln.

Einen zweiten Einwand der Gegner des Wahlprotestes glauben wir nur streifen zu sollen, da unseren Lesern bereits seine ganze Zwecklosigkeit und Hinsichtigkeit klar sein muß. Es gilt dies der sehr unüberlegten Schlussfolgerung: was bei den Kommunalwahlen richtig sei, behalte auch für die Reichstagskampagne volle Berechtigung. Welch' eine unglaubliche Unkenntnis aller in Betracht kommenden näheren Umstände spricht aus solchen Vorstellungen! Man prüfe doch nur für einen Augenblick die von uns entwickelten Gründe der Wahlenthaltung bei Kommunalwahlen! Sie betreffen die Reichstagswahlen theils gar nicht, theils erklären sie sogar, die im Reichstage eingehaltene Taktik besonders betonen und hochhalten zu wollen und kommen gerade darum zu einer weniger günstigen Beurtheilung unserer bisherigen Thätigkeit im Berliner „Stadthause.“ Wir weisen auf die ganz verschiedenen Grundlagen und Kompetenzen der Reichsgesetzgebung und der kommunalen Verwaltung hin: auf das scharfe Gegeneinanderkämpfen aller sozialen Strömungen, die volle Wucht des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat dort — auf den bloßen Verwaltungskörper hier, dem die Bourgeoisgesetzgebung seine Bahnen fest vorgeschrieben und kaum eine bemerkbare Freiheit der Bewegung gelassen hat. Wo sind hier die Berührungspunkte, die zwingen, beide Gebiete als gleich aufzufassen und darum auf beiden Gebieten in gleicher Weise vorzugehen? Es waren also bei der Entscheidung der Majorität der Berliner Arbeiter wahrhaftig keine Anklänge an „anarchistische Ideen“ maßgebend; vielmehr bestand auf der Gegenseite eine sehr bedenkliche Schwäche des Unterscheidungsvermögens. Glücklicherweise handelte es sich aber nur um einen heilbaren Staat und daß er nunmehr bereits gestochen ist, zeigt uns auch das „Berliner Volksblatt“, indem es am Donnerstag offen eingestand, „daß es sich bei dem speziellen Fall der Kommunalwahlen gar nicht um dieselbe Frage handeln kann“, die bei Reichstagswahlen „rückhaltlose Zustimmung“ finden müsse. Früher klang das anders!

Auch über diesen Berg wären wir also ungefährdet hinüber!

Doch da stehen wir schon wieder vor einem anderen! Man hält uns entgegen, daß die Wahlenthaltungspolitik die Massen einschläfere, den Massen unsympathisch sei, die nun einmal bei jeder Gelegenheit Zeichen ihres ungeschwächten Lebens geben wollten.

Dieser Einwand ist stets als einer der wirksamsten seitens der Freunde der Wahlbetheiligung betrachtet worden — wie mir scheint, durchaus mit Unrecht.

Die Wahlenthaltung, wie sie seitens der „radikalen“ Berliner Genossen verstanden worden ist, und wie sie unter anderem auch in dem Protestaufrufe zum Ausdruck kam, bedarf durchaus nicht mit regungslosem Beiseitestecken der Arbeiterbataillone; sie bedeutet durchaus nicht, daß wir auf jede Agitation während des Wahlfeldzuges verzichten wollen. Sie bedeutet nur, daß sich diese Agitation nicht gegen einzelne — wir möchten fast sagen: technische — Mißgriffe und Unterlassungsfünden der städtischen Verwaltung richten soll, sondern gegen die ganze Grundlage der heutigen kommunalen „Regierung“ von des Geldbeutel's Gnaden.

Und indem die Wortführer der Wahlbetheiligung diesen Umstand beständig übersehen, machen sie sich selbst und ihren Freunden einen ganz ungeheuerlichen Wind vor. Wir wollen einmal, um die Irrthümer recht scharf hervortreten zu lassen, einen Augenblick etwas übertreiben. Wenn man immer und immer wieder betont, daß auf dem und dem Platz das und das Häuschen fehlt — so ist das „Agitation“ und rüttelt die Massen auf. Weist man aber in scharfster Weise darauf hin, daß der ganzen Berliner Arbeiterschaft bei dem Dreiklassensystem die

nothdürftigsten politischen Rechte fehlen, daß sie als Parias der Gesellschaft behandelt werden — dann verstopft man die Quellen, aus denen das Leben strömt“, dann hält man „vom Volke die Aufregungen der Wahlkämpfe fern“, dann „gibt man die letzten kümmerlichen Rechte preis“!!! Wenn man die Massen zu der Erkenntniß bringt, daß für die Schulen der Reichen relativ mehr ausgegeben wird wie für diejenigen der Armen; daß die Leipziger Straße mit blendendem Glänze und viele Außenstraßen mit elenden Fingeln beleuchtet sind — so ist das „Agitation“ und trägt wesentlich zur allgemeinen Aufklärung bei. Wenn man aber allen bisher Unbetheiligten ein Licht darüber aufsteckt, daß für die Reichen zwei Drittel aller Sitze im Rathhause reservirt sind, und daß die Arbeiter nur mit einem Bruchtheil des letzten Drittels fürlieb nehmen müssen, und wenn man zum Kampf gegen dieses System auffordert — dann ist das „ein schwächliches Zurückweichen“, das „unserer Partei unwürdig“ ist, dann „verhindert man, daß Uebelstände in der weitesten Deffentlichkeit besprochen“ werden. Wir bildeten uns ein, das bestehende System am schwersten zu treffen, indem wir die ganze gesetzliche Rechtlosigkeit des Volkes und die weitere polizeiliche Verkümmern auch der letzten kümmerlichen Rechte auf das schärfste brandmarkten, und müssen nun zu unserer großen Verblüffung erfahren, daß „vor der wehenden Fahne der Reaktion das stolze und unbedeckte Banner der Sozialdemokratie eingezogen wird.“ Das hören wir nun so oft, daß es wohl wahr sein muß, und nur darüber scheint man auf der Gegenseite noch nicht ganz im Reinen, ob nun in Berlin der große ruhige „Massenschlaf“ oder die wilden „Akte der Verzweiflung“ beginnen werden — denn bald wird uns das eine, bald das andere mit der gleichen überzeugten Miene versichert!

Doch Scherz bei Seite! — denn wenn man gegen fremdes Urtheil noch so gleichgültig geworden ist, so muß jedem Freunde des Wahlprotestes doch mitunter etwas unbehaglich zu Muthe werden, wenn er durch allerhand Hohlspiegelungen beständig sein Gesicht zur Frage verzerrt sieht, das denn doch sehr menschliche Züge trägt.

Aber — hören wir da auf der anderen Seite noch immer einwenden — der Protest gegen das Dreiklassensystem gestattet allerdings wohl eine Agitation, die viel tiefere Furchen gräbt, wie eine Agitation für Gewerbeschiedsgerichte, Sanitätswachen und Schulbäder; sie führt auch auf keine Abwege, wie der Kleinbürgerliche Kommunalsozialismus mit seiner veralteten Schwärmerie für städtische Licht- und Verkehrsanstalten; die bezeichnete Agitation ist weniger harmlos und versöhnlich und scharft daher das Solidaritätsgefühl der Arbeiter als gemeinsamer Angehöriger einer wirtschaftlich ausgebeuteten und politisch rechtlosen Klasse viel mehr — aber: für eine derartige Protestbewegung sollen die Massen auf die Dauer kein Verständniß haben, sie könne sich immer nur auf wenige starre und zähe intransigente Köpfe stützen.

Wir bedauern sehr, auch diese Auffassung nicht theilen zu können, möchten im Gegentheil darauf hinweisen, daß auf anderen Gebieten die Arbeiter der verschiedensten Gewerke bereits seit Jahren in ganz konsequenter und erfolgreicher Weise das Protestverfahren beobachtet haben, das wir für die Kommunalwahlen empfehlen.

Nehmen wir einmal die Angehörigen des umfangreichsten Berliner Gewerkes, die Bauhandwerker, zum Beispiel! In diesem Gewerke herrscht — wie in der städtischen Verwaltung — ein Kapitalistenkonsortium: die Zunft. Dieses Kapitalistenkonsortium könnte nun durch Einschmuggelung einiger Arbeiter verziert werden — wie die Berliner Gemeindevertretung. In beiden Fällen verbietet es die ganze Gestaltung und mögliche Wirksamkeit der Körperschaften, daß eine wirklich erfolgreiche Arbeiterinteressenvertretung zu Stande kommen kann. Mancherlei Kleinigkeiten kann allerdings auch ein Zunftgenossenschaft erreichen — darauf verzichten aber die Bauhandwerker gerne; sie halten es für viel richtiger, jeden solchen Wahlversuch dazu zu benutzen, die ganze arbeitertendliche Grundlage der Zunft auf das Schärfste bloß

zu stellen und jede Beteiligung bei dem beliebigen Wahlverfahren abzulehnen! Nun fragen wir: ist ein zielbewußter Bauarbeiter in Berlin, der geneigt wäre, hier um jeden Preis zu wählen; der die Möglichkeit, bei dieser und jener Frage auch einmal ein wirkungslos verhallendes Wort in der Innung mitreden zu dürfen, für werthvoller hielte, als den Protest, der die ganze Kollegenchaft aufrüttelt, ihr das wahre Gesicht der Innungsbestrebungen zeigt und die ganze Rechtlosigkeit der Gesellschaft überall zum Bewußtsein bringt? Nein, darüber herrscht nur eine Stimme; und so liegt es auch in anderen Gewerken, und auch der Wahlprotest bei der Kommunalwahl birgt nichts in sich, was ihn der allgemeinen Arbeiterschaft unverständlich erscheinen lassen könnte. Die Arbeiter Berlins verstehen sich seit Jahren sehr gut auf solche Dinge und werden es nie Wort haben, daß man damit irgendwelchen Mangel an Muth oder Thatkraft zeige.

Nun hat man leztlich allerdings hervorgehoben, die Stadtverordneten thätigkeit sei eine vortreffliche „administrative Schule“ und es wäre stets gut, wenn wir solche Arbeiter*) zu unserer Verfügung hätten. Wir wollen demgegenüber weiter gar nicht darauf hinweisen, daß gerade, wo die eigentliche verwaltende Thätigkeit in der Kommune beginnt, bei der Wahl für die Leitungen der verschiedenen Verwaltungszweige, unsere Vertreter ausgeschlossen wurden; das kann sich ja vielleicht ändern, besonders, wenn wir recht artig sind. Aber befremden muß es doch höchlichst, daß eine Partei, die bei den Reichstagswahlen nahezu an 100 000 Stimmen aufbrachte, die also die doppelte Zahl Erwachsener umfaßte, so sehr darauf verweisen sein sollte, fünf bis vielleicht zehn „Administrationschulstellen“ sich zu erwerben. Was sind selbst zehn unter sovielen? Und haben wir denn nicht eine Fülle von Verwaltungsschulen — in unseren Fachvereinen mit ihren Anhängeln von Lohnkommissionen, Arbeitsnachweisen; in unseren Krankenkassen, Unterstützungsvereinen, Bildungsvereinen, Fachschulen — in Organisationen, die noch dazu das unsagbar Gute haben, daß der Arbeiter hier mit dem Arbeiter verkehrt, daß er nicht auf das schlüpfrige Parquet von Bourgeoisprunkfälen gelodt wird, wo ihn die ungewohnte Umgebung gar leicht berückt, von seinen Genossen abzieht und anderen Vorstellungskreisen zugänglich macht. Beispiele liegen ja zur Genüge, nicht nur in Berlin, vor.

Und hier stoßen wir auf einen Unterschied zwischen den Freunden und den Gegnern der Wahlbeteiligung, der schließlich auf dem Untergrunde noch vieler anderer Gegensätze in unserer Partei lagert — auf einen Unterschied, der schließlich nur ein gradueller ist, der aber doch überall bemerkbar zur Geltung kommt.

Ein Theil unserer Partei richtet mehr als der andere sein Auge erwartungsvoll auf diejenigen Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganisationen (Parlamente, Gemeindevertretungen), welche die Bourgeoisie geschaffen hat, um ihre wechselnden Interessen und Wünsche zum Ausdruck und Durchbruch bringen zu können. Dieser Theil legt sehr leicht einen übertriebenen Werth darauf, diese Bourgeoisorganisationen mit sozialdemokratischen Gliedern zu durchziehen, um so — gleichsam von oben herab — größere agitatorische und positive Erfolge für die Partei zu erzielen.

Die Gegenpartei leugnet diese Erfolge nicht, aber sie legt der direkten Agitation unter den Massen, der Vereinsbildung, der unmittelbaren Ideenverbreitung in Wort und Schrift, von Arbeiter zu Arbeiter, ohne die Dazwischenkunft eines ganz andersartigen Mediums, einen verhältnismäßig größeren Werth bei. Sie sagt z. B. im Falle der Stadtverordneten thätigkeit (einen Augenblick freies Versammlungsrecht vorausgesetzt): Wir hatten fünf Stadtverordnete; diese widmeten früher im Durchschnitt sicher in jeder Woche einen vollen Nachmittag ihrem Amte, ohne doch, bei dem ganzen Geschäftsgange im Rathhause, groß Gelegenheit zu wirksamer Thätigkeit zu haben. Wenn jeder dieser fünf Vertreter den einen Nachmittag benutzte hätte, um sich auf einen politischen Vortrag vorzubereiten, der Abends in einer öffentlichen Versammlung gehalten worden wäre, welche unschätzbare Aufklärung hätte da für die Massen geschaffen werden können — und was ist so erzielt worden? Oder wenn nach der Beseitigung der Versammlungsfreiheit jeder der fünf Vertreter wöchentlich einen halben Tag mehr direkt der Partei gewidmet hätte — wäre die Zeit nicht besser ausgenutzt worden?

Hier gehen eben die Meinungen auseinander und diese Verschiedenheit kommt natürlich bei unbedeutenderen Wahlen — wie denen in der Gemeinde — nicht nur in der Kritik, sondern auch in der äußeren Haltung der Partei zum Ausdruck. Wir wüßten aber nicht, warum eine demokratische Partei solche verschiedene Auffassungen irgendwie fürchten und verwünschen sollte; sie wird jede Seite ruhig und sachlich ihren Standpunkt entwickeln und dann die Majorität der Genossen entscheiden lassen. Das ist in Berlin geschehen, und wir vermögen keinen Grund zu sehen, wegen dieser Entscheidung Lärm zu schlagen, nicht nur in der Berliner, sondern auch in der auswärtigen Presse.

Die Berliner Arbeiter haben recht gut gewußt, was sie thaten, und die Ermahnungen der bürgerlichen Blätter waren um so weniger angebracht, als sie ohne jede Kenntniß der Sachlage ertheilt wurden.

Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung.

III.

y. Die Grenzen der Klassen sind nicht konstant, wie es die Grenzen der Stände gewesen sind. Die Ausdehnung der Klassen verändert sich von Jahr zu Jahr, und wird von Gesetzen beherrscht, welche wir später noch ausführlicher auseinandersetzen werden. Wir nehmen ein fortwährendes Abfließen von Kapitalisten und Handwerkern aus ihrer Klasse in die große Armee des Proletariats wahr. Der Kreis derjenigen Elemente, deren Klasseninteressen den Interessen der Arbeiter entgegengesetzt sind, verengt sich von Jahr zu Jahr. Die Zahl der von dem Kapital selbst organisierten und geschulten Arbeiter wird stets größer und konzentrierter.

Die Klarstellung dieses ökonomischen Prozesses von Marx im letzten Kapitel seines „Kapital“ ist stilistisch und inhaltlich so trefflich, daß jedes weitere Wort über diese Entwicklung überflüssig ist. Marx sagt: „Die Expropriation des unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosestem Vandalismus, und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigten Leidenschaften vollbracht. Das selbstearbeitete, sozusagen auf Verwahrung des isolirten, unabhängigen Arbeitsindividuum mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation (Ausbeutung) fremder, aber formell freier Arbeit beruht. Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zerlegt hat, sobald die Arbeiter in Proletariat, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergeßlichkeit der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitirende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele todt. . . . Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.“

Diesem immer weiter sich entwickelnden Gesellschaftsprozesse zu folgen, ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung. Jede Agitation, welche ihren Hebel in andere Klassen einsetzt, als in die Arbeiterklasse, ist eine illusionäre; die aufgewandte Arbeit ist von Anfang an verschwendet. Wir verstehen jedoch unter Arbeiterklasse nicht die im gewöhnlichen Sinne eng umgrenzte Masse, sondern den großen Volkstheil, welcher seine Arbeitskraft nur im Dienste des Kapitals verwenden kann und für dasselbe die Quelle des Mehrwerths ist.

Und es ist für die Arbeiterbewegung wahrlich keine Entfagung, nur im Bunde mit der gesellschaftlichen Entwicklung vorzuschreiten. Wie rapid die Zerfetzung der herrschenden Klassen und die Anschwellung der Proletariatmassen im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität sich entwickelt, dafür legt die Statistik, wenn sie auch noch nicht vollständig den Schleier lüftet, doch hinreichendes Zeugniß ab. Am stärksten und heftigsten wird das kleine Handwerk von dem Industrialismus getroffen. Es ist bereits durch die Maschine furchtbar dezimirt. Im Jahre 1881 wurde in Deutschland ein neues Innungsgesetz gegeben, mit der Bestimmung, daß alle Innungen, welche innerhalb der nächsten sechs Jahre ihr Statut den Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht angepaßt haben, der Auflösung verfallen. Diese Frist wurde am Ende noch um ein Jahr erweitert. Und doch mußten vom 1. September 1887 nahezu 6000 Innungen, welche der Revision sich nicht unterzogen hatten, aufgelöst werden. Es kann dies kein Beweis für die Gleichgiltigkeit des Handwerkerstandes gegen das Innungs- und Zunftwesen der Vergangenheit sein. Man muß darin vielmehr ein sicheres Zeichen dafür sehen, daß jene Handwerkerkreise, deren Innungen der Auflösung verfielen, durch das Großkapital bereits derartig zerlegt sind, daß es nicht mehr möglich ist, in denselben erfolgversprechende Verwaltungskörper zu schaffen. Sie schwelgen, einem unbeugsamen Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft folgend, die Masse des an den Felsen des Elends geschmiedeten Proletariats an.

Wie sogar in Folge der Gesellschaftsentwicklung auch die Kapitalkonzentration vorschreitet und dadurch die Masse des Proletariats auch aus diesen Kreisen Zuzug erhält, das beweist ein Beispiel aus jüngster Zeit recht drastisch. Die deutsche Handelsmarine, deren Kapitalisten als sehr gut fundirt gelten, ist eine treffliche Illustration für den Satz von Marx: „Ein Kapitalist schlägt viele todt.“ Für den Transport auf dem Meere waren registriert:

1. Januar 1886	
Segelschiffe	3471 mit 861 844 Tons
Dampfer	664 „ 420 605 „
zusammen Schiffe	4135 mit 1 282 449 Tons.

1. Januar 1887	
Segelschiffe	3327 mit 830 789 Tons
Dampfer	694 „ 453 914 „
zusammen Schiffe	4021 mit 1 284 703 Tons.

Die Segelschiffe nahmen also ab, während die Dampfer zunahmen. Während aber die Gesamtzahl aller Fahrzeuge in einem Jahre um 114 zurückging, vergrößerte sich deren Gesamttragfähigkeit gleichzeitig um 2254 Tons, was sehr deutlich durch die Thatfachen illustriert wird, daß die kleineren Schiffe unter 1000 Tons (1 Ton = 1000 Kilogramm) sich verminderten, während die Riesendampfer von Eisen von 1000 bis mehr als 2000 Tons Tragkraft sich von 332 auf 357 vermehrten. Ein sichtbarer Beweis für die Auffaugung der kleinen durch die Großen!

Das stärkste Argument, das von den Gegnern der Arbeiterbewegung gegen die Verwirklichung des Sozialismus ins Feld geführt wird, ist die Thatfache, daß das flache Land, vermöge der isolirten Lage des Bauernthums und seiner jahrhundertalten Traditionen, der Sozialdemokratie einen unbefleglichen Wall entgegensetze. Diese Geschichtsphilosophen vergessen oder wissen nicht, daß das Land in der kapitalistischen Gesellschaft eine ganz andere Stellung einnimmt, als in dem feudalen Staate des Mittelalters. Während die Bebauung des Grund und Bodens im Mittelalter der Mittelpunkt der ganzen Produktion war, während in Folge dessen der Besitz desselben dem Besitzer eine dominirende Stellung innerhalb der mittelalterlichen Gesellschaft verlieh, hat sich der Mittelpunkt der Produktion von der Landwirtschaft zur Industrie und zum Handel verschoben. Es ist dies nicht anders möglich in einer Zeit, in welcher die Produktion die Grenzen des nationalen Marktes sprengt und eine internationale Bedeutung erlangt, in welcher die Felder Südrusslands, Indiens und Amerikas Europa mit Getreide überfluteten und dies zu einem Kostenpreise, welcher, wenn nothwendig, auf ein niedrigeres Niveau herabsinken kann, als in Europa die Produktionskosten betragen. Die Folgen solcher im Wesen des Kapitalismus begründeten Zustände geben sich besonders in den Strömungen der Bevölkerung, in dem Verhältnis von Stadt und Land kund. Je mehr die nationale Landwirtschaft zurückgedrängt wird — keine Zölle können diesen Prozeß verhindern — je mehr die industrielle Produktion in den Vordergrund der gesellschaftlichen Arbeit tritt, um so mehr strömt die Bevölkerung vom Lande zur Stadt, von der Landwirtschaft zur Industrie. Marx entnimmt in seinem „Kapital“ Seite 668 einer englischen Berufsanzahl folgenden Auszug: „781 Städte sind aufgezählt im Census von 1861 für England und Wales mit 10 960 998 Einwohnern, während die Dörfer und Landkirchspiele nur 9 105 226 zählten. . . . Im Jahre 1851 figurirten 580 Städte im Census, deren Bevölkerung ungefähr gleich der Bevölkerung der sie umgebenden Landdistrikte war. Während aber in den letzteren die Bevölkerung während der folgenden 10 Jahre nur um eine halbe Million wuchs, wuchs sie in den 580 Städten um 1 554 067. Der Bevölkerungszuwachs in den Landkirchspielen ist 6,5 pCt., in den Städten 17,3 pCt. Der Unterschied in der Rate des Wachstums ist der Wanderung vom Lande in die Stadt geschuldet. Drei Viertel des Gesamtwachstums der Bevölkerung gehört den Städten.“

Wir sehen also, daß in der industriellen Epoche das Land zu immer größerer Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wird, während die kapitalistische Produktion ein für Gesellschaft und Staat maßgebender Hauptfaktor geworden ist. Die Arbeiterbewegung kann demnach über solche Argumente, wie die oben erwähnten, unbekümmert hinwegschreiten. Sie nimmt jeden Zuzug, der ihr in Folge des Spiels der gesellschaftlichen Kräfte reichlich zu Theil wird, mit offenen Armen auf und wächst, von den Gegnern unwillig unterstützt und verstärkt, stetig fort, bis sie stark genug sein wird, die Gesellschaft ihrem eigenen Wohle und den entwickelten Produktivkräften anzupassen.

Ed. Vaillant und der Pariser Gemeinderath.

II.

§ In Folgendem geben wir eine kurze Uebersicht der wesentlichsten Forderungen, die Vaillant namens des französischen Proletariats im Pariser Conseil municipal (Gemeinderath) eingebracht und zum Theil auch durchgesetzt hat. Sie geben das beste Bild von der Wirksamkeit des Mannes.

1885 forderte er, der Stadtrath solle von der Regierung die Initiative zu einer internationalen Arbeitsgesetzgebung verlangen, deren Hauptpunkte sein müßten: der achtstündige Normalarbeitstag, Fixirung von 48 Arbeitsstunden pro Woche, Verbot der Kinderarbeit, Beschränkung der Arbeit von Frauen und Minderjährigen, Verbot gesundheitsschädlicher Industriezweige, Schaffung hygienischer Maßregeln, Schutz- und Versicherungsanstalten gegen Unfälle, für Alte, Invalide und Kranke, Ueberwachung und Inspektion der Werkstätten durch eine Kommission von Arbeitern, Organisation eines internationalen Komitees für Statistik und für Ausarbeitung der Gesetzentwürfe.

Zu Gunsten der Arbeitslosen unterhielt Vaillant eine längere Kampagne, während der er für folgende Maßregeln eintrat: Progressive Einkommensteuer auf Einkommen von über 3000 frcs. behufs Schaffung einer Unterstützungs-kasse für brotlose Arbeiter; Regelung der Arbeitsbedingungen auf den bereits bestehenden oder noch zu gründenden städtischen Arbeitsplätzen: achtstündiger Normalarbeitstag, Verbot der Zwischenunternehmer, Festsetzung eines Minimallohnes. Mit Chabert zusammen brachte Vaillant später die Forderung ein, in Anbetracht des Massenelendes und der Arbeitsnoth nur ein Zehntel ausländischer Arbeiter bei städtischen Unternehmungen zu

*) Ein Artikel des „Berliner Volksblatt“ verlangte zu unserer Verwunderung „nur Arbeiter“ als Stadtverordnete — was natürlich die Mandatsniederlegung der beiden jetzigen Vertreter einschließen würde. Wir theilen diesen Standpunkt keineswegs.

verwenden. Baillant und seinen sozialistischen Kollegen war es zu danken, daß der Conseil municipal die streifenden Minenarbeiter von Decazeville mit 10 000 frs. unterstützte, später forderte er, der Stadtrath solle die Regierung ersuchen, die an die Aktiengesellschaft von Decazeville konzeffionierten Bergwerke zurückzunehmen, und von den syndizierten (gewerkschaftlich inkorporierten) Arbeitern zu Gunsten der Nation, nach Abzug eines, im Verhältnis zu den Lebensbedingungen stehenden Maximallohnes ausbeuten zu lassen. In demselben Geiste ist auch ein anderer Vorschlag gehalten, welcher die gleiche Forderung für alle Bergwerke, Eisenbahnen und Kanäle erhebt.

Baillant hat zu verschiedenen Malen für Aufhebung der Stadtschuld plädiert und für Erlaß einer direkten Einkommen- und Erbschaftsteuer.

Als der Conseil municipal die Errichtung eines „Municipal“ beschloß, brachte Baillant einen Antrag ein, welcher für sämtliche Arbeiter und Beamte der Stadtbahn einen achtstündigen Normalarbeitstag, einen Minimallohn nach einem Tarif im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung forderte und festsetzte, daß Arbeiter und Beamte nur auf Beschluß einer Jury aus ihresgleichen entlassen werden könnten. Ferner verlangte er eine selbstständige Verwaltung der freien Unterstützungskassen.

Ein späterer Antrag Baillants erhob die Forderung, das stehende Heer abzuschaffen und durch eine Volksmiliz zu ersetzen, für welche die Kinder durch Turnen und militärische Übungen vorbereitet werden sollten.

Besondere Erwähnung verdient auch sein Antrag für Errichtung von Schulkantinen, für welche die Stadt jährlich etliche hunderttausend Francs ausgiebt. In den Schulkantinen werden arme Kinder ganz unentgeltlich gespeist, andere können gegen Zahlung von zwei Sous (acht Pfennige) Suppe und Brot erhalten.

Baillant ist in hervorragender Weise für das Zustandekommen der „Arbeitsbörse“ eingetreten und wollte auch, daß die daselbst beschäftigten Vertreter der Gewerkschaften mit 8 frs. pro Tag honorirt würden, jedoch ging der diesbezügliche Antrag nicht durch und zwar besonders in Folge der Haltung, welche die possibilistischen Stadträte beobachteten.

Die Forderungen, welche Baillant erhob, stehen stets im Einklang mit den sofort zu verwirklichenden Forderungen des Programms der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ihre Begründungen bewegen sich stets auf dem Untergrund des wissenschaftlichen Sozialismus, die Motive, welche sie zuweilen begehren, sind an Vollständigkeit und Klarheit kleine Meisterwerke in ihrer Art. Seine gesammte Thätigkeit im Stadtrath ist der Ausdruck einer zielbewußten Partei, die auf anderem Boden steht, mit anderen Gründen kämpft und andere Ziele verfolgt als die harmlose humane Arbeiterfreundlichkeit, die aber auch von kleinbürgerlichen Quackalbereien Nichts wissen will. Baillants Haltung hat bis jetzt auch nicht die leiseste Neigung zu jener opportunistischen Kompromissucht gezeigt, welche das Eintreten der Possibilisten in der nämlichen Körperschaft so oft entsetzt und seiner Wichtigkeit für das sozialistische Prinzip beraubt.

Während der Periode von 1884—87 gingen Chabert und Joffrin, die possibilistischen Kollegen Baillants meist Hand in Hand mit diesem vor. Seitdem ihre Fraktion jedoch davon getrennt, verhält sich die possibilistische Gruppe Baillants' Anträgen gegenüber ablehnend, wenn nicht entschieden feindlich. Sie sind ihnen zu unpraktisch, d. h. zu prinzipientreu, deshalb ziehen sie es vor, Erfolge durch Anträge zu gewinnen, die kleinliche Vortheile sichern, welche außerhalb der Forderungen einer klassenbewußten Arbeiterbewegung liegen und von der Bourgeoisie als Blüthe abgelehnt werden.

Die Verhältnisse haben Baillant erlaubt, seine Zeit und Kraft ausschließlich der sozialistischen Sache zur Verfügung zu stellen. Seine Thätigkeit im Stadtrath wird gründliches Studium der einschlägigen Fragen, durch Zusammenkünfte mit seinen Wählern und durch Rechenschaftsberichte an dieselben ergänzt. Daneben findet er noch Zeit, sich ernstlich mit allen Fragen zu beschäftigen, welche das Gebiet der Soziologie berühren, die Arbeiterbewegung anderer Länder zu verfolgen und dem sozialdemokratischen Zentralkomitee eine energische Thätigkeit zu widmen. Auch für Agitation und Propaganda ist er in Zusammenkünften und Versammlungen thätig, doch ist er kein glänzender Redner, und kann nur durch den Inhalt, aber nicht durch die Darstellung fesseln.

Baillant ist vorwiegend ein Mann der Praxis. Er hat den Gedankenschatz der französischen Partei in theoretischer Beziehung nicht bereichert, dagegen ist er stets und unermüdet thätig dafür gewesen, den französischen Arbeiterschatz die Forderungen des modernen Sozialismus praktisch nahe zu legen. Das von ihm verfolgte Ziel hat ihm so erfolgreicher auf die Bewegung zurückgewirkt, als Baillant zwar kein Theoretiker, aber theoretisch durchaus geklärt ist und an Tiefe und Weite seiner Kenntnisse nur hinter wenigen zurücksteht.

Sollte sich je anlässlich von Kammerwahlen eine vollständige Vereinigung aller sozialistischen Fraktionen vollziehen, so würde sich in erster Linie die Kandidatur Baillants als eines Mannes empfehlen, der nie direkt in die persönlichen Streitigkeiten verwickelt gewesen ist. Er würde ein ebenso strenger, wie prinzipienfester und gediegener Vertreter des französischen Proletariats sein.

Die wirthschaftlichen Kartelle.

Die neueste Erscheinung auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens, welche nach unserem Dafürhalten am

besten geeignet ist, veraltete Anschauungen über den Haufen zu werfen, sind unstreitig die Vereinigungen von Großproduzenten, welche man bei uns „Kartelle“, in den Vereinigten Staaten „Trusts“ nennt.

Bisher war es ungeschwer schwer, den Leuten nachzuweisen, daß die Großproduzenten notwendigerweise die Kleinproduzenten aus dem Felde schlagen müssen, trotz der Tausende von Beispielen, welche man jahraus jahrein zum Beleg dafür aufweisen konnte. Die Ansicht, daß es auch heute noch einem „strebsamen jähigen“ Mann gelingen müsse, sich zu Wohlstand empor zu arbeiten, war nicht aus den Köpfen zu bringen, trotz der Riesenfabriken und Monopole einzelner Privaten oder Aktiengesellschaften. Der „freie Wettbewerb“ war ja noch nicht ausgeschlossen. Es war ja immer noch die Möglichkeit vorhanden, es durch „Geschick und Ausdauer“ zu Etwas zu bringen.

Da traten die Kartelle auf; meistens eine Vereinigung von Millionären. Sie nehmen je eine Industriebranche in ihre Hände und sind im Stande, allen Wettbewerb aus dem Felde zu schlagen. In Amerika gehen sie am weitesten, sie kaufen dort alle Fabriken des betreffenden Industriezweiges auf und wer nicht an sie ausverkaufen will, wird ruiniert; entweder verstopft man ihm die Bezugsquellen des Rohmaterials, indem man dasselbe ebenfalls aufkauft; oder man macht es ihm unmöglich, für seine Produkte noch irgendwo Absatz zu finden, indem man die Preise so niedrig stellt, daß er dabei nicht bestehen kann und entweder bankrott wird, oder sich wohl oder übel gezwungen sieht, ebenfalls an den „Trust“ auszuverkaufen. Alsdann beherrschen die Theilnehmer den Markt vollständig; sie stellen die Preise für ihr Fabrikat, wie es ihnen beliebt, ebenso die Preise für das Rohmaterial. Daß ihnen dadurch gewisse Grenzen gezogen werden, ob der Artikel, welchen sie fabrizieren, unbedingt gebraucht wird und nicht durch andere ersetzt werden kann oder nicht, spielt wenigstens eine Zeit lang keine Rolle, wenn nicht durch eine neue Erfindung in derselben Branche die Produktionskosten ganz bedeutend vermindert werden und es dem Wucherer nicht gelingt, sich auch der neuen Erfindungen monopolistisch zu bemächtigen.

So sehen wir z. B. jetzt in den Vereinigten Staaten, daß sich die Zuderfabrikanten, vierzehn an der Zahl, zu einem Kartell vereinigt haben, was zunächst zur Folge hat, daß sie diejenigen Fabriken, in welchen sie am billigsten produzieren können, im Betrieb erhalten und die anderen schließen. Durch die verringerten Produktionskosten, und den gleichzeitigen Druck auf den Preis des Rohmaterials einerseits und die Steigerung des Zuderpreises um durchschnittlich 2 Cents das Pfund andererseits, gewinnen diese vierzehn modernen Raubritter jährlich die Kleinigkeit von 100 Millionen Dollars, d. h. 400 Millionen Mark! Nun ist allerdings diesem Konsortium ein Feind entstanden, indem ein neues Verfahren der Zuder-Raffinerie entdeckt worden ist, mit welchem man durch Zufuhr von Elektrizität die Kosten des Raffinirens einer Tonne Zuder von 10 Dollars auf 80 Cents reduziert. Die Konsumenten dürften jedoch von dieser Erfindung wenig oder gar keinen Nutzen haben, höchstens daß der Plan des „Trusts“, das Publikum nach Belieben zu schröpfen, einigen Aufschub erleidet.

So geht es auf dem ganzen Gebiete der Industrie. Man fängt vielleicht mit „Verkaufssyndikaten“ an, d. h. alle Produzenten verpflichten sich, ihre Waaren nur durch die Vermittlung einer gemeinsamen Verkaufsstelle zum Absatz zu bringen, natürlich zu Preisen, die gemeinsam festgesetzt und geregelt werden. Alsdann stellt sich die Nothwendigkeit heraus, auch der Produktion gewisse gleichförmige Beschränkungen aufzuerlegen, da sonst trotz des Verkaufssyndikats die Waaren liegen bleiben und die Preise nicht zu halten sind. Die einzelnen beteiligten Firmen bleiben danach wohl noch formell selbstständig, aber sie sind nicht mehr wie früher unumschränkter „Herr im Hause“; sie können nicht mehr nach Belieben in's Blaue hinein produzieren und zu Schleuderpreisen verkaufen. Natürlich ist diese Art der Regelung nur eine halbe Sache, und so werden wir es auch in Deutschland mehr als bisher erleben, daß sich die einzelnen Establishments schließlich vollständig verschmelzen, daß die Konkurrenz unter ihnen auch äußerlich aufhört, nachdem sie durch gemeinsame Produktionsbeschränkungen, durch gleichförmige Regelung der Preise schon längst in die Brüche gegangen war.

Alle diese Erscheinungen sind zunächst für die Arbeiter verderblich, indem sie bei der eintretenden Produktionsbeschränkung Tausende außer Arbeit bringen. Aber andererseits haben sie das Gute, das ganze Volk mächtig aufzuregen und zum Nachdenken zu bringen, und das Resultat dieses Nachdenkens wird sein, daß man die Vortheile des Großbetriebes einsehen und beibehalten, aber den privaten Monopolisten nicht lange mehr gestatten wird, ungeheure Renten zu beziehen, ohne für die Volkswirtschaft noch irgend einen unentbehrlichen Dienst zu leisten. Denn der private Kapitalist entpuppt sich unter solchen Umständen als ein ganz überflüssiges Glied; er ist nichts Selbstständiges mehr, er führt nur aus, was die Beamten des Kartells anordnen; er ist, wie der irische Landlord, Rentenbezieher, ohne irgend etwas beizutragen zur Beförderung der Produktion und des Absatzes. Und dafür soll diese Klasse weiter ungezählte Millionen dem Volke entziehen?

Nein, nach der immer schnelleren Verbreitung der Kartelle wird das rascher aufhören, als man heute noch glaubt. Das Volk wird überall sehen, daß eine gemeinsame Regelung der Wirthschaftsverhältnisse möglich ist. Es wird sie, um aus den Krisen und Störungen herauszukommen, gebieterisch verlangen. Aber nicht, wie heute, zu Gunsten weniger Einzelbesitzer, während die

Arbeitslosigkeit der Massen wächst — sondern zu Gunsten des ganzen Volkes, indem es alle Produktionsmittel in Gemeinbesitz überführt.

Die Kartelle werden diese Bestrebungen mächtig fördern und darum fürchten wir sie nicht, mögen sie im Augenblicke noch so viel Schaden anrichten.

Politisches und Sozialpolitisches.

Am ersten Osterfeiertage, Nachmittag 4 1/2 Uhr, trat in Lüttich der belgische Sozialistenkongress zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Die Erwartungen aller Theilgenommenen waren diesmal um so höher gespannt, als es auf dem letzten Parteitag in Mons durch Defuisseaux und seine Anhänger zu einer Spaltung gekommen war, deren Tragweite sich bisher schwer übersehen ließ. Auch Agenten der Regierung arbeiteten krampfhaft darauf hin, den Miß in der Partei zu vergrößern. Die Versammlung in Lüttich legte jedoch einen neuen Beweis von der unverwundlichen Lebensdauer der Sozialdemokratie ab; es waren nicht weniger als 106 Delegirte von Vereinen und Gewerkschaften anwesend.

Die Genossen Goedschalck, d'Anvers wurden zu Vorsitzenden, Defnet und Schend zu Beisitzern erwählt. Als Sekretäre waren Malempré, Marchal, Piedboeuf und Gavrot thätig.

Der Bericht über die Thätigkeit des Generalrathes fand allgemeine Billigung; die Erwähnung des Todes von Désiré Brismée rief eine tiefe Bewegung unter den Anwesenden hervor.

Noch tiefer war der Eindruck, als der Vorsitzende die Anwesenheit eines Vertreters der englischen „Sozialdemokratischen Föderation“ verkündete und Herrn Bladwell auch sofort das Wort ertheilte. Hochtrufte auf England und die englischen Sozialisten durchbrausten den Saal, während Bladwell zur Tribüne schritt, um ein Manifest zu verlesen, welches die genossenschaftliche Theilnahme der Engländer gegenüber ihren belgischen Brüdern zum Ausdruck brachte und mit einer Einladung zur Theilnahme an dem internationalen Gewerkschaftskongress in London endete. Der belgische Parteitag beschloß in der That auch, diesen Gewerkschaftskongress ebenso zu beschicken wie den internationalen Arbeitertag, den die deutsche Sozialdemokratie angeregt hat. Letzterer erwiderte man übrigens in einer Adresse die herzlichsten Sympathien aus.

Ueber die Organisation der allgemeinen Streikkasse entspann sich eine lange Debatte, die dahin ausging, daß die obligatorischen, nicht freiwilligen Beiträge der Gewerkschaften weiter bestehen sollten. Die Streikkasse soll aber erst einer gründlichen Umänderung unterzogen werden.

Am nächsten Tage fand zuvörderst die Neuwahl des Generalrathes statt. Er besteht nunmehr aus den Genossen: Bertrand, Braffeur, Defnet, Mahin, Berriden und Volbers.

Der Volksvertretung des Staates New-York lag am 1. März eine Bill von Mr. Weed vor, welche weiter nichts ist, als der Anfang einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiter. Die Bill besagt: Wer wegen Theilnahme an einer geschwägigen Versammlung, deren Zweck Friedensbruch und Verletzung von Personen oder Eigenthum war, zum zweiten Male verurtheilt wird, d. h. nachdem er bereits einmal wegen dieses Vergehens bestraft worden, erhält 1—5 Jahre Staatsgefängnis. Die Herren Weed, Saxton, Morgan und Ainsworth unterstützten die Bill, weil sie eine Maßregel zur Unterdrückung des „Anarchismus“ sei; Sinn und Longley bekämpften sie wegen ihrer Arbeiterfeindlichkeit; die Bill wurde mit 66 gegen 47 Stimmen angenommen.

Die Stellung eines irischen Staatssekretärs ist für ihre Inhaber in den letzten Jahren sehr gefährlich gewesen. W. E. Forster's früher Tod ist den angstvollen Jahren zuzuschreiben, welche er in der Phönix Lodge in Dublin unter den Dolchen von Iren aushauchte, nicht zu sprechen, sind Sir George Trevelyan's Haare in den wenigen Monaten, die er als dessen Nachfolger diente, schneeweiß geworden. Sir Michael Hicks-Beach ist seit seinem halbjährigen Dienst im irischen Amt kaum mehr fähig, das leichte Handeltamt zu verwalten, so arg hat seine Gesundheit gelitten. Balfour, ein körperlich schwächlicher, aber zäher und muthiger Mann, läßt den schwierigsten Theil seiner parlamentarischen Arbeit durch King-Harmon besorgen, und nun ist auch dieser unter der fürchterlichen Last des verhafteten Amtes erlegen, und er hat sich sofort nach Verhaftung des Parlaments auf dem Dampfer „Hawarden-Castle“ eingeschifft, um eine Seereise nach der Kapkolonie zu machen. Balfour selbst ist seines Lebens keinen Augenblick sicher. Er ist so verhasst, daß Geheimpolizisten seine Person und sein Haus Tag und Nacht bewachen. Man munkelt von Verschwörungen gegen sein Leben; von geheimnißvollen Personen, die ihm nachschleichen u. s. w. Wenn der Herr eine ehrliche, gerechte Politik verfolgen wollte, so könnte er ruhig schlafen. — John Morley, die rechte Hand Gladstone's in der Home-Rulefrage, hatte nie einen Geheimpolizisten bei sich.

Um in dem ängstlichen Spießer alle liberalen Gelüste gleich von vornherein zu ersticken, verbreitet die reaktionäre Presse die Nachricht, am 18. März seien in den verschiedensten deutschen Städten gleichlautende, blutrothe Flugblätter vertheilt worden; auch einige Freudenrufe

über bevorstehende Prozesse, welche die ganze sozialdemokratische Partei Deutschlands als einen großen Geheimbund zeigen würden, schlossen sich an diese Schauerwehr. Dieselbe hat sich bereits als gänzlich falsch erwiesen, und man darf wohl annehmen, daß sie den Verbreitern auch als falsch bekannt war. Man kennt ja die Burthen!

Sozialistengesetzliches. Verboten wurden: Die Flug-schrift mit der Ueberschrift: „An die Wähler des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises Chemnitz, Stadt und Land!“ und mit den Schlussworten: „Nieder mit der Reaktion! Hoch die Sozialdemokratie!“, auf welcher als Verleger Julius Tärte, Chemnitz, Nummer 59 der „Arbeiter-Zeitung“, Jahrgang 4, Belleville, 3/8, Samstag, den 10. März 1888, auf welcher als Redakteur und Herausgeber Hans Schwarz, Offize und Buchdruckerei, West-Bellewille, Silberstraße, angegeben ist, — die Nr. 1 der untern 29. März 1888 in Kassel im Druck und Verlag von Heinrich Müller erschienenen Zeitung: „Sächsischer Volksfreund“, da dieselbe lediglich eine Fortsetzung der untern 21. März 1888 verbotenen „Sächsischen Würgerzeitung“ sei und die gleichen Tendenzen verfolge. Zugleich wurde auf Grund des Absatz 2 des § 11 obigen Reichsgesetzes das fernere Erscheinen des „Sächsischen Volksfreunds“ verboten. — Die Nr. 40 vom 1. April 1888 des 2. Jahrgangs der periodischen Druckschrift: „Der neue Bauhandwerker“, Redaktion und Verlag von A. Bitter, Druck von J. G. W. Diez in Hamburg.

Elberfeld, 3. April. Die Geschäftsbücher der hier im Verlage des Reichstagsabgeordneten Harm erschienenen „Freien Presse“ wurden heute polizeilich beschlagnahmt. Dasselbe geschah mit einigen in der Expedition der „Fr. Presse“ vorgefundenen Drucksachen. Außerdem wurden heute in Barmen und hier bei vielen Sozialdemokraten Hausdurchsuchungen abgehalten, wobei einzelne Exemplare des „Sozialdemokrat“ beschlagnahmt wurden.

Aus Sachsen. Eine für Sonnabend in Meerane einberufene Volksversammlung, in welcher der Reichs- und Landtagsabgeordnete August Bebel einen Vortrag über „Die politische Lage Europas“ halten wollte, ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden.

Die erste Ausweisungsorte unter der Regierung Kaiser Friedrich's traf einen der tüchtigsten Arbeiter Weltens, den Löpfer Barttig, Vorsitzenden des dortigen Fachvereins. Die Ausweisung erhielt B. am Charfreitag, dem Vorabend des christlichen Friedensfestes, und war in derselben kein weiterer Grund, als der bekannte § 28 des Sozialistengesetzes angegeben. Nur eine Frist von 48 Stunden war dem Ausgewiesenen gewährt zur Ordnung seiner Geschäfte und den Vorbereitungen zur Reise.

Bereine und Versammlungen.

Berliner Sanitätsverein. Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Montag, den 9. April, Abends 8 1/2 Uhr, Weberstr. 17, bei Nieft. Tagesordnung: Ueber die freien eingeschriebenen Hilfsklassen, insbesondere über den Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts in Berlin. Referent: J. Dietrich.

Geschäfts-Eröffnung!

Allen Freunden und Bekannten theile ich ganz ergebenst mit, daß ich
Reichenbergerstraße 71,
Gde Forststrasse,

ein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal
eröffnet habe.

E. Tischer.

Cigarren- und Tabaks-Fabrik

von
H. Gumpel,

Berlin N.O., Barnimstr. 42.
Lager von Rauch-, Rau- und Schnupftabak,
sowie russischer und türkischer Cigaretten.

Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal,
Frühstück, Mittagisch nach Auswahl 45 Pf.
Abendisch nach Auswahl 30 Pf.
Vereins-Zimmer zu vergeben.
Herm. Liewald, Mariannenstr. 46.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von

C. Klein.

15. Ritterstraße 15.

Dasselbst Zahlstelle der Gärtner u. Bronceur (G. S. 60.)

C. Wildberger

Capezierer und Dekorateur

Berlin S., Kommandantenstr. 60,

empfehlen sich zur Anfertigung von Polster- und Dekorationsarbeiten in der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung, sowie zum Um-polstern etc. und Neuarrangiren von Gardinen unter Zusicherung solider Arbeit bei bill. Preisen.

Cigarren- und Tabak-Fabrik

von

Ballmüller & Steinicke,

Alterstraße 22, Hof pt.,
neben der Markthalle.

Sonntags bis 2 Uhr Nachmittags geöffnet.

Für Halle a. S.

Die Arbeiter Halle's erlaube ich, immer zahlreicher auf die

„**Berliner Volks-Tribüne**“

zu abonniren. Bestellungen werden bei Unterzeichnetem entgegen genommen. Zahlreichen Abonnements entgegen sendend zeichnet

G. Richter,

Kolportagebuchhandlung.

5. Vereinsstraße 6.

Freunden und Genossen theile hierdurch ergebenst mit, daß sich mein
Nähmaschinen-Geschäft
vom 1. April ab **Reichenbergerstraße 124** befindet.
Gotthold Apelt, Reichenbergerstr. 124 part.

Die von Mitgliedern des Fachvereins gegründete
Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft
der Schneider zu Berlin (E. G.)
30 Zimmerstrasse 30
empfehlen sich einem geehrten Publikum zur Anfertigung von Herren-Garderoben jeder Art. Reichliche Auswahl in- und ausländischer Stoffe.
Reelle Bedienung, guten Sitz, solide Preise garantirt der Vorstand.
Gleichzeitig machen wir auf unser reichhaltiges Lager: Frühjahr- und Sommerpaletots, aufmerksam. Um zu räumen herabgesetzte Preise!

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin

von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte
Uhrenfabrik

von
Max Busse

157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle,

verkauft jetzt **sämmtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.

Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren

zu **fabrikhaft billigen Preisen.**
Spezialität: Ringe.
Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Berliner Sanitäts-Verein.
Öffentliche Versammlung für
Männer und Frauen
am Montag, den 9. d. M. Abends 8 1/2 Uhr,
Weberstraße 17, bei Nieft.

Tagesordnung:
Ueber die freien eingeschriebenen Hilfsklassen, insbesondere über den Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts in Berlin. Ref. J. Dietrich.
Mitglieder werden aufgenommen in der Versammlung, sowie bei Herrn Karge, Kurzstr. 8 und Pechmann, Christinenstr. 40.

Fachverein der Tischler.
Dienstag, d. 10. April, Abends 8 1/2 Uhr,
in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28,
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. phil. Max Baumgart über: „Badewesen und Badetechnik der Vergangenheit.“ 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Fragekasten. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
Der Vorstand.

Am Grabe eines treuen Vorkämpfers der Sozialdemokratie.

† Max Kayser. †

Geb. am 9. Mai 1853 in Tarnowitz in Schlesien.
Gest. am 29. März 1888 in Breslau.

Rascher, als es jemand vermuthen konnte, hat der Tod unseren Max Kayser in der Blüthe der Jahre dahingerafft.

Vor einem halben Jahre verbreitete sich zum ersten Male die Nachricht, daß der schlagfertige und rededrohe Vorkämpfer der Sozialdemokratie von einer chronischen Heiserkeit heimgejucht werde. Monatslang war es dann wieder still, bis plötzlich die schlimmsten Befürchtungen durch die Nachricht geweckt wurden, Kayser habe den Luftröhrenschnitt an sich vollziehen lassen müssen. Dann folgten die Unglücksbotschaften Schlag auf Schlag: der Schwerverrannte mußte sich nach Breslau in die Pflege seines Bruders begeben, man suchte durch Herausnahme des halben Kehlkopfes dem Fortwuchern des Krebses Einhalt zu gebieten; am Donnerstag voriger Woche hatte der erst 35 jährige Mann ausgebuldet.

Die Partei hat ihm die letzten Ehren erwiesen, wie sie es treuen Genossen gegenüber stets gethan hat: sozialdemokratische Abgeordnete haben seinen Sarg zur Gruft getragen, tausende von Arbeitern sällten den israelitischen Kirchhof, auf dem auch die sterblichen Ueberreste Lassalle's zur letzten Ruhe gebettet sind; reiche Kranz- und Blumenspenden, sowie die Anwesenheit zahlreicher auswärtiger Vertreter der Partei legten von der allgemeinen Theilnahme ein erhebendes Zeugniß ab. Auch Berlin hatte einen Genossen nach Breslau entsandt und auch die Berliner Arbeiterschaft wird des Berewigten immer dankbar und anerkennend gedenken.

Ueber die näheren Lebensschicksale des Dahingegangenen entnehmen wir den Blättern das Folgende:

In Tarnowitz in Oberschlesien geboren, kam Kayser schon in sehr jungen Jahren nach Breslau, wo er das Gymnasium besuchte und später in den Kaufmannsstand eintrat. Schon als Schüler des Gymnasiums besuchte er die Versammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und trat später der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Richtung) bei.

Mit 17 Jahren kam er nach Berlin. Die kaufmännische Karriere, der er sich zuerst widmete, sagte aber dem aufgeweckten Jüngling wenig zu und so trat er in die damals in Berlin unter Dabel's Leitung erscheinende, die demokratischen Grundsätze im Johann Jacoby'schen Geiste vertretende „Demokratische Zeitung“ als Mitarbeiter ein. Im demokratischen Verein und vor allem in der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft zählte er bald zu den beliebtesten Rednern. Die Eigenschaften, die auch den späteren Parlamentarier auszeichneten, Schlagfertigkeit, Wib, Sachlichkeit und verbindliche Formen, die bei aller Schärfe, mit der er seine Sache verfocht, es ihn doch stets vermeiden hießen den Gegner zu verletzen, traten schon bei dem kaum 18 jährigen Jüngling hervor.

Die „Demokratische Zeitung“ ging ein und er, der damit seine Existenz verloren hatte, ging nach Mainz, wo er die Redaktion der „Süddeutschen Volksstimme“ übernahm. Doch auch dort war seines Bleibens nicht lange, und als im Herbst 1873 die Vorarbeiten für die Reichstagswahlen 1874 begannen, kam er nach Sachsen, wo er sich hervorragend an der Agitation betheiligte. Nachdem dieselbe beendet war, ließ sich Kayser in Dresden nieder, wo er in die Redaktion des sozialdemokratischen „Volksboten“ — später „Volkszeitung“ eintrat.

In der sächsischen Arbeiterbewegung spielte er bald eine hervorragende Rolle. Als infolge der Attentate der Reichstag 1878 aufgelöst wurde, stellten die Freiburger Arbeiter ihn als ihren Kandidaten auf und mit 8098 Stimmen, der höchsten Zahl, welche die Sozialdemokraten bis jetzt in diesem Kreise erzielten, ging er aus der engeren Wahl als Sieger hervor. Er, der am 9. Mai 1878 erst 25 Jahre alt geworden war, also gerade das wahlfähige Alter erreicht hatte, war der jüngste Abgeordnete des Hauses.

1881 schiedt Freiberg er noch einmal in den Reichstag, dagegen unterlag er dort 1884, wurde dafür aber im 22. sächsischen Wahlkreis Reichenbach-Auerbach in der engeren Wahl gewählt.

Im vorigen Jahre in Reichenbach, Halle und Breslau (Dft) aufgestellt, unterlag er in allen drei Kreisen und in Dresden in der engeren Wahl.

Ueber seine häufigen Ausweisungen haben wir unsere Leser durch die Wiedergabe seiner eigenen Denkschrift orientirt (vergl. „Berliner Volkstribüne“ 1888, Nr. 3).

Kayser hinterläßt Frau und ein Kind.

Das gute Herz der „Zahlungsfähigen“.

Von Alexander Kjelland.*)

Vor der Gartenthür des Advokaten Abel hielt ein kleiner eleganter Wagen mit zwei fetten, blanken Pferden bespannt.

Frau Warden, die ihm entgegen war, durchschritt den Vorgarten und trat ein. Die Thür in's nächste Zimmer stand halboffen und drinnen sah die Frau vom Hause an einem großen Tisch, der mit Massen heller Stoffe und verschiedenen Nummern des „Bazar“ bedeckt war.

„Ah! — wie Du gelegen kommst, süße Emilia!“ rief Frau Abel. „Ich bin ganz verzweifelt über die Näherin: sie kann sich gar nichts Neues ausdenken. Und nun sitze ich hier und suche im „Bazar“. Liebste! leg' Deinen Shawl ab und komm' mir zu Hilfe; — es handelt sich um ein Promenadenkleid!“

„Ich bin nicht die Rechte, Dir zu helfen, wo es sich um Puß handelt“, antwortete Frau Warden.

Die gute Frau Abel starrte sie an; es war etwas Beunruhigendes in dem Ton, und sie hatte einen unbegrenzten Respekt vor der reichen Freundin.

„Du erinnerst Dich gewiß — ich erzählte es Dir neulich — daß Warden mir versprochen hatte — das heißt — verbesserte sich Frau Warden, „daß er mich gebeten hatte, mir ein neues seidenes Kleid zu bestellen.“

„Bei Madame Labiche, ja wohl!“ unterbrach sie Frau Abel, „und nun bist Du vermuthlich auf dem Weg zu ihr? — Oh, nimm mich mit! — Das ist ja amüsant!“

„Ich fahre nicht zu Madame Labiche“, antwortete Frau Warden fast feierlich.

„Aber Gott! — warum nicht?“ fragte ihre Freundin und riß ihre guten, braunen Augen lugelrund auf vor Erstaunen.

„Ja — siehst Du“, antwortete Frau Warden, „ich glaube, wir können soviel Geld zu unnötigem Puß nicht mit gutem Gewissen ausgeben, wenn wir wissen, daß in den entlegensten Theilen der Stadt — derselben Stadt, wo wir wohnen — hunderte von Menschen leben, die Noth leiden — buchstäblich genommen: Noth!“

„Ja — aber“, wandte Frau Abel ein und warf unsichere Blicke auf ihren Tisch, „das ist nun einmal so hier in der Welt; wir wissen ja, daß die Ungleichheit —“

„Wir müssen uns hüten, die Ungleichheit zu vergrößern und eher thun, was wir können, sie auszugleichen“, unterbrach sie Frau Warden. Und es schien Frau Abel, als werfe ihre Freundin mißbilligende Blicke auf den Tisch, die Stoffe und den „Bazar“.

Die Unterhaltung wurde eine Weile weiter geführt, und Frau Warden erzählte, daß sie die Absicht habe, in die elendesten Theile der Vorstädte hinauszufahren, um sich mit eigenen Augen von dem Zustand der Armen zu überzeugen. Die Damen trennten sich kühler als gewöhnlich. Sie waren Beide in eruster Stimmung. Frau Abel blieb im Gartenzimmer; sie hatte gar keine Lust mehr, sich mit dem Promenadenkleid zu beschäftigen, obgleich der Stoff wirklich so hübsch war. Sie hörte den weichen Ton des auf dem glatten Wege des Villaquartiers davonrollenden Wagens.

„Was für ein gutes Herz Emilia hat!“ seufzte sie.

Der Kutscher hatte seine Ordre ohne eine Miene zu verziehen entgegengenommen; und da niemals Einwendungen in seinen Mund kamen, fuhr er tiefer und tiefer in die wunderlichsten Straßen des Armenquartiers hinein mit einer Miene, als fahre er zum Hofball. Endlich erhielt er Befehl anzuhalten, und es war auch hohe Zeit. Denn die Straße wurde enger und enger, und es sah aus, als sollten die dicken Pferde und der feine Wagen im nächsten Augenblick stecken bleiben, wie der Kork in einem Flaschenhals.

In der Thür stand ein halberwachsenes Mädchen; die Dame fragte: „Wohnen viele arme Leute hier im Hause?“

Das Mädchen lachte und antwortete etwas, während es sich dicht an ihr vorbei durch die enge Thür drängte. Frau Warden verstand das Gesagte nicht, aber sie hatte die Empfindung, als hätte das Mädchen etwas Häßliches gesagt. Sie trat in das erste beste Zimmer. Es war für Frau Warden nichts Neues, das arme Leute ihre Räume nicht gehörig lüften. Aber sie wurde doch so benommen von der Atmosphäre, die sie einathmete, daß sie froh war, sich auf die Dienbank setzen zu können.

In der Handbewegung, mit der die Frau in der Stube die Kleider von der Bank auf die Diele strich und in dem Lächeln, mit dem sie die feine Dame bat Platz

*) Wir bringen diese Skizze des berühmten nordischen Dichters, weil sie mit vernichtendster Ironie die Oberflächlichkeit des Wohlthätigkeitswesens unserer oberen Zehntausend schildert. Frau Warden, die Verkörperung dieser Oberflächlichkeit, möchte gerne das angenehme Gefühl haben, die Wohlthäterin der Armuth spielen zu können; sowie ihr aber die Armuth auch ihre verzerrten Züge zeigt, da freut sich die Wohlthäterin dieses wohlfeilen Wortandes, um sich wieder ganz auf nichtigen Puß und Luxus zurückzuziehen. Die Noth macht die Menschen erit schlecht; aber diese (oft nur ganz äußerliche) Verderbtheit hat von jeder zur Unterdrückung jedes Mitleids mit den Armen und Bekommen dienen müssen. So bequem wie Frau Warden macht es sich die ganze besitzende Klasse.

zu nehmen, lag etwas, das Frau Warden auffiel. Es machte den Eindruck, als hätte das arme Weib bessere Tage gekannt; obgleich ihre Bewegungen mehr hastig, als fein und ihr Lächeln nichts weniger als angenehm war. Die lange Schleppe von Frau Warden's zartgrauem Bistitenkleide lag auf der schwarzen Diele, und während sie sich niederbeugte und sie an sich zog, mußte sie selbst an Heine's Worte denken: „sie sah aus wie ein Bonbon, das in den Schmutz gefallen war.“

Die Unterhaltung begann und wurde geführt, wie solche Unterhaltungen geführt zu werden pflegen. Frau Warden kannte das elende Dasein der armen Frau bald in den Umrisfen. Sie hatte zwei Kinder, einen Knaben von vier, fünf Jahren, der auf der Diele lag und ein kleines Kind an der Brust. Frau Warden betrachtete das kleine graue Wesen und konnte nicht begreifen, daß es schon dreizehn Monate alt sei. Sie selbst hatte daheim in der Wiege einen kleinen Kolof von sieben Monaten, der mindestens um die Hälfte größer war.

„Sie müssen dem Kind etwas Stärkendes geben“, sagte sie; es schwebte ihr etwas wie Kindermehl und Apfelsinengelée vor.

Bei den Worten „etwas Stärkendes“ erhob sich ein zerstrubelter Kopf aus dem Bettstroh; es war ein bleicher, hochläufiger Mann mit einem großen wollenen Tuch um den Kopf.

Frau Warden erschrak. „Ihr Mann?“ fragte sie.

Die arme Frau antwortete ja, das sei ihr Mann. Er sei heute nicht zur Arbeit gegangen, weil er solche Zahnschmerzen habe.

Frau Warden hatte selbst Zahnschmerzen gehabt und wußte, wie weh das thut. Sie sagte einige Worte aufrichtigen Mitgeföhles. Der Mann murmelte etwas und legte sich nieder, und gleichzeitig entdeckte Frau Warden eine Person, die sie vorher nicht bemerkt hatte.

Es war ein ganz junges Mädchen, das im Winkel an der anderen Seite des Ofens saß. Sie starrte einen Augenblick auf die feine Dame, zog sich aber gleichzeitig wieder in sich zusammen und lehnte sich vornüber, der Fremden fast den Rücken zuehrend. Frau Warden dachte, das junge Mädchen habe eine Handarbeit im Schooß, die sie verbergen wolle; vielleicht irgend ein altes Kleidungsstück, das sie stülte.

„Aber weshalb liegt der große Junge auf der Diele?“ fragte die Dame.

„Er ist lahm“, antwortete die Mutter. Und nun folgte eine umständliche Beschreibung und viel Lamentiren über den armen Jungen, der vom Scharlach eine Lähmung in den Hüften nachgehalten hatte.

„Kaufen Sie ihm doch“, begann Frau Warden, „einen Rollstuhl“ hatte sie sagen wollen. Aber es fiel ihr ein, es sei besser, wenn sie ihn selbst kaufte; es thut nicht gut, meinte sie, den Armen zu viel Geld in die Hände zu geben; aber etwas wollte sie der Frau doch gleich geben. Denn hier wollte sie helfen, hier war wirkliche Noth; sie fuhr in die Tasche nach ihrem Portemonnaie.

Es war nicht da. Das war ärgerlich, so war es im Wagen liegen geblieben.

Wie sie diesen unglücklichen Zufall gerade bedauern und der Frau versprechen wollte, ihr das Geld später zu schicken, öffnete sich die Thür und ein wohlgekleideter Herr trat ein. Sein Gesicht war sehr voll und von einer eigenthümlich trockenen Blässe, als äße er Mehl.

„Frau Warden? vermuthen ich“, sagte der fremde Herr. „Ich sah Ihren Wagen in der Straße; und hier bringe ich — vermuthlich Ihr Portemonnaie.“

Die Dame sah darauf hin, ja, ganz richtig, es gehörte ihr; auf der glatten Elfenbeinfläche stand E. W., schwarz eingelegt.

„Ich sah es zufällig, als ich um die Ecke bog, in den Händen eines Mädchens, eines der schlimmsten im Quartier“, erklärte der Fremde; „ich bin Armenvorsteher des Distriktes“, fügte er hinzu.

Frau Warden dankte, obgleich der Mann ihr gar nicht gefiel. Aber als sie sich wieder in die Stube wandte, wurde sie ganz erschrocken über die Veränderung, die mit ihren Bewohnern vorgegangen war. Der Mann sah aufrichtig im Bett und glogte den fremden Herrn an, die Frau hatte ein häßliches Lächeln, und selbst der arme kleine Lahme hatte sich nach der Thür herumgewälzt und starrte, auf seine dünnen Arme gestützt, zu ihm auf wie ein kleines Thier. Und in all' diesen Augen lag derselbe Haß, derselbe kampfbereite Troß, und es schien Frau Warden, als legte sich eine ungeheure Entfernung zwischen sie und das arme Weib, mit dem sie eben so offen und vertraulich gesprochen hatte.

„So siehst Du also heute aus, Martin!“ sagte der Herr mit einer ganz neuen Stimme, „das konnte ich mir denken, daß Du gestern Nacht mit dabei warst. Ja, ja, Nachmittag holen sie Dich, Du sollst zwei Monate sitzen.“

Plötzlich, wie ein Wasserstrahl, brach es los: Mann und Frau durcheinander redend, das Mädchen hinter dem Ofen kam hervor und stimmte ein, der Lahme schrie und wälzte sich, Worte waren nicht zu unterscheiden, nur Laute, Augen, Hände, es war, als ob die kleine dumpfige Stube von der wilden Leidenschaft, die in ihr explodirte, gesprengt werden sollte.

Frau Warden wurde bleich und erhob sich; der Herr öffnete die Thür, und beide eilten hinaus. Im Gang hörte sie ein schreckliches, halb höhnisches, halb verzweifelndes Frauenzimmerlachen hinter sich her. Das mußte die Frau sein, dieselbe Frau, die so sanft und betrübt von den armen Kindern gesprochen hatte. Sie fühlte fast Unwillen gegen den Mann, der diese erschütternde Veränderung hervorgerufen und während sie zusammen über die Straße gingen, hörte sie ihn mit kalter, vornehmer Miene an.

Aber nach und nach veränderten sich ihre Züge, es schien ihr gar nicht so ungerecht, was er sagte! Der Armenvorsteher sprach davon, wie wohl es ihm thäte, eine Dame, wie Frau Warden, so warm für die Armen empfinden zu sehen! Sei es auch zu beklagen, daß selbst die wohlgemeinteste Hilfe so häufig in unrechte Hände käme, so sei es doch immer etwas Schönes und Erhebendes, daß eine Dame wie Frau Warden —

„Aber,“ unterbrach sie ihn, „sind denn diese Menschen nicht im höchsten Grade hilfsbedürftig? Ich empfinde den Eindruck, daß besonders die Frau einmal bessere Tage gesehen und daß sie, wenn ihr zeitig geholfen würde, sich vielleicht wieder heben könnte.“

„Es thut mir leid, Ihnen sagen zu müssen, gnädige Frau, sie war ein sehr berühmtes öffentliches Frauenzimmer“ bemerkte der Armenvorsteher in mild beklagendem Ton.

Frau Warden schauderte. Mit einem solchen Frauenzimmer hatte sie gesprochen! Und über Kinder gesprochen! Sie hatte sogar ihres eigenen Kindes erwähnt, das daheim in seiner reinen Wiege lag! Ihr war, als müsse sie nach Hause eilen, um zu sehen, ob es noch rein und gesund sei!

„Und das junge Mädchen?“ fragte sie furchtsam.

„Ja, die gnädige Frau hat doch wohl ihren — ihren Zustand bemerkt?“

„Nein, Sie meinen?“

Der fette Herr flüsterte einige Worte.

Frau Warden fuhr zusammen: „Mit dem Mann! — dem Mann im Hause?“

„Ja, es thut mir leid, Ihnen das mittheilen zu müssen; aber Sie können sich denken, daß diese Menschen, die in ihrer Wohnung nur ein Bett...“ — und er flüsterte wieder.

Das war zu viel für die „Dame“! Ihr schwindelte fast, und sie nahm den Arm des Herrn an. Sie gingen rasch auf den Wagen zu, der etwas weiter entfernt hielt, als sie ihn verlassen hatten. Frau Warden ließ sich vom Armenvorsteher in den Wagen helfen. Sie forderte ihn auf, morgen bei ihr vorzusprechen und gab ihm ihre Adresse.

„Zu Advokat Abel zurück,“ rief sie dem Kutscher zu; der fette Herr entblöhte seinen Kopf mit einem süßlichen Lächeln, und der Wagen rollte davon. Je mehr sie sich vom Armenstadtheil entfernten, desto ruhiger wurden die Bewegungen des Wagens und desto rascher die Fahrt. Und als sie auf den breiten, bepflanzten Weg kamen, der durch das Villaquartier fährt, schnauften die Dicken mit Behagen in der reinen, feinen Luft der Gärten, und der Kutscher knallte ganz ohne Nothwendigkeit dreimal lustvoll mit der Peitsche. Auch Frau Warden fühlte, wie gut es ihr that, wieder frische Luft einzunehmen. Was sie erlebt und noch mehr, was sie vom Armenvorsteher gehört, hatte sich fast betäubend auf sie gelegt. Diese schlechten Menschen! Nun begriff sie: es mußte so sein.

Frau Abel, die umherging und Bazar und Zeugstücke von dem großen Tisch wegräumte, war überrascht, ihre Freundin so bald zurückkehren zu sehen.

„Nun, Emilie! Bist Du schon da! Ich sagte eben zur Näherin, sie könne gehen. Deine Auseinandersetzungen haben mir ganz die Lust an meinem Kleid genommen; ich kann mich auch ohne behelfen,“ sagte die gute Frau Abel; aber ihre Lippen zitterten leicht, während sie sprach.

„Jeder muß nach seinem Gewissen handeln,“ antwortete Frau Warden leise, „aber ich glaube, daß ich zu skrupulös war.“

Frau Abel sah auf; das hatte sie nicht erwartet.

„Ja, höre nur, was ich erlebt habe,“ sagte Frau Warden und fing an zu erzählen. Sie schilderte den ersten Eindruck des dumpfigen Raumes und der „verkommenen“ Menschen, darauf erzählte sie vom Diebstahl des Portemonnaies.

„Ja, mein Mann behauptet ja immer, diese Sorte Menschen kann das Stehlen nicht lassen,“ sagte Frau Abel.

„Ich fürchte, Dein Mann hat mehr Recht als wir glauben,“ antwortete Frau Warden.

Darauf berichtete sie vom Armenvorsteher und der „Undankbarkeit,“ die diese Menschen gegen ihn an den Tag gelegt hätten, der doch täglich für sie „sorgte“. Aber als sie zur Vergangenheit der armen Frau kam und gar von dem jungen Mädchen erzählte, wurde die arme Frau Abel so benommen, daß das Dienstmädchen Portwein bringen mußte.

Als das Präsentirtbrett hereingebracht wurde, flüsterte Frau Abel dem Mädchen zu: „Laß die Näherin warten.“

„Und denke Dir,“ fuhr Frau Warden fort, „ja, es ist kaum möglich, es Dir zu erzählen!“ — und sie flüsterte.

„Was sagst Du? — in einem Bett? — alle zusammen! — aber das ist ja empörend!“ rief Frau Abel und schlug die Hände zusammen.

„Ja, vor einer Stunde hätte ich es auch nicht für möglich gehalten,“ antwortete Frau Warden, „aber wenn man selbst an Ort und Stelle gewesen ist und sich persönlich überzeugt hat —“

„Daß Du Dich da hinauswagtest unter diese niedrigen Menschen, Emilie!“

„Ich bin froh, daß ich es gethan habe, und noch mehr, ich preise die glückliche Schickung, daß der Armenvorsteher gerade zur rechten Zeit kam. Denn so erbebend es auch ist, der tugendhaften Armuth zu helfen, ebenso empörend würde es sein, wenn ich dazu beigetragen hätte, daß solche Menschen ihre bösen Neigungen befriedigen können —“

„Ja, Du hast Recht, Emilie! — ich kann nur nicht begreifen, wie Glieder einer christlichen Gemeinschaft — getauft und konfirmirt — so werden können! Sie haben ja jeden Tag — wenigstens jeden Sonntag — vollauf Gelegenheit, kräftige und eindringliche Predigten zu hören; und eine Bibel soll — nach dem, was ich gehört habe — ja für einen unglaublich geringen Preis zu haben sein —“

„Ja und wenn wir uns denken,“ fügte Frau Warden hinzu, „daß nicht einmal die Heiden, die alle diese Güter entbehren, sich damit entschuldigen können; denn sie haben ja das Gewissen —“

„Und das redet wahrlich laut genug zu Jedem, der hören will —“ sagte Frau Abel mit Nachdruck.

„Ja, die Menschen sind schlechter, als man denkt!“ antwortete Frau Warden und sah mit ernstem Lächeln vor sich hin.

Als die Freundinnen sich trennten, umarmten sie einander herzlich.

Frau Warden legte ihre Hand auf den Griff des Kutschenschlages, stieg in den Wagen und zog ihr langes Kleid nach sich. Darauf schloß sie die Wagenthür, nicht mit einem Zuwerfen, sondern langsam und sorgfältig.

„Zu Madame Labiche!“ rief sie dem Kutscher zu, und gleichzeitig wandte sie sich zur Freundin, die ihr bis zur Gartenthür gefolgt war und sagte mit stillem Lächeln: „Nun kann ich mir doch mit gutem Gewissen mein seidenes Kleid bestellen.“

„Ja, das kannst Du,“ sagte Frau Abel und sah ihr nach mit Thränen in den Augen. Darauf eilte sie hinein.

Feudale Reaktion.*)

□ Als wir so lustwandelten durch die Auen der reaktionären kartellbrüderlichen Presse, und uns erfreuten an dem üppig ins Kraut geschossenen Bizantinismus, der prächtig gedeihenden Bedientenfeeligkeit, der lustig wuchernden Heuchelei, den Wunderblumen: Denunziation, Nationalitätstheze, den Saftgewächsen: Verläumdung, Börsenschwindel und Interessendienst, auch dem Gesange lauschten, den dort schwarze, langschneblige Vögel mit grauen Bierfüßlern um die Worte erschallen ließen, da fiel uns auf einer besonders üppigen Feldwiese dieser Flur, die „Dannoverischer Courier“ überschrieben war, ein Plänzchen auf, das unsere besondere Aufmerksamkeit erregte.

Wir haben es mit allen Würzlein ausgehoben, durch einige scharfe Messerschnitte von allen todtten Blättern und fremden Anhängeln so vorsichtig befreit, daß auch nicht eine der kennzeichnenden Eigenschaften verloren gegangen ist, und geben das Blümchen hier unseren Freunden zur aufmerksamen Betrachtung:

Das ist ohne Zweifel einer der wundesten Punkte der geistigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der neuesten Zeit: das Hinausdrängen zahlloser Menschen über die Lebensstrenge und Arbeiten, zu denen sie nach ihrer Geburt, Erziehung und Anlagen berufen und befähigt sind, in denen sie nützlich zu wirken und sich eine befriedigende Existenz zu schaffen vermögen. Jeder Blick in unsere Umgebung belehrt uns, daß der Trieb zur Erhebung über Berechtigung und Befähigung hinaus weite Schichten des Volkes erfüllt und zahllose irregelmäßige und verfehlte Existenzen erzeugt. Man verwechselt dies nicht mit einem gesunden Streben vorwärts zu kommen und sich in die Höhe zu arbeiten. Einem solchen wird jeder verständige und wohlwollende Mann alle mögliche Förderung angedeihen lassen. Aber dieses Streben muß seine Grenze finden an der Erkenntniß dessen, was jeder Einzelne zu leisten vermag und wozu ihn seine Anlagen und die Verhältnisse, unter denen er aufwächst, berechtigen und befähigen. Die Lebensansprüche, die Begriffe von dem, was zu einer leidlichen Existenz gehört, sind in weiten Kreisen zu hoch gestiegen. Hier ist das Feld, auf welchem die den Staat und die Gesellschaft bedrohenden Umsturzbewegungen am wirksamsten bekämpft werden können.

So, das ist das Blümchen. Nicht wahr, das riecht feudal-modrig, so recht vornehm mittelalterlich, das ist „stilgerecht.“

Nun die Blume heißt auch mit ihrem wahren Namen feudale Reaktion.

Wir denken uns 300 bis 500 Jahre zurück. Das Volk ist eingetheilt in Fürstenbank, hoher Adel, niederer Adel. Ihnen drei nahe verwandt und zugethan die Prälatenbank. Dann kommt der höhere Bürgerstand, die Gilden und Ämter, dann der niedere Bürgerstand mit seinen Zünften, zuletzt der Bauernstand. In den Lücken zwischen diesen Ständen, ohne Rechte, leibeigen, mit der Pflicht zu schweigen, zu arbeiten, zu zahlen und zu gehorchen, die arme Masse, tausendfach zerrissen und zersplittert, hier dem Adel, dort dem Bürger und zuletzt dem Bauer stumm dienstbar Knochen und Haut darbietend. Keiner kann und darf in der Regel heraus aus seinem festen Kreise, zu welchem er, wie unser Ausschnitt so schön sagt, durch die Geburt und Erziehung, durch die Verhältnisse, unter welchen er aufwächst, gehört.

D ja! „Gesundes Streben“ findet verständige und wohlwollende Männer die es fördern. Warum soll man einen reichen Bürger, wenn er den Interessen des Adels in „gesundem Streben“ schon lange dient oder der den Fürsten Dienste geleistet, nicht in den Adelsstand erheben. Er erhält dann natürlich höhere „Berechtigungen“, er darf jetzt Ansprüche machen, die weiter reichen. Wenn er aber verlangen sollte, daß der ganze Bürgerstand die

selben Berechtigungen hat, dann ist das der „Trieb zur Erhebung über Berechtigung hinaus.“ Das ist eine Umsturzbewegung, die bekämpft werden muß.

Nun, vor 100 Jahren hat man diese Umsturzbewegung gemacht und das hat dabei freilich ganz gehörig gekracht. Das Bürgerthum hatte lange bis in die Mitte dieses Jahrhunderts zu kämpfen, um die errungene Beute in Sicherheit zu bringen. Sie hat sie allerdings schlecht genug gehütet und einen großen Theil wieder verloren, aus Dummheit und aus Feigheit.

Bis zum Jahre 1848 galten die Schranken der Geburt in Preußen noch so weit, daß Eben zwischen Adligen und „Personen“ des niederen Bürger- und Bauernstandes ungültig waren. Der kleine Krach in diesem Jahre räumte auch hier mit manchen feudalen Nesten auf. Jetzt tritt das elende deutsche Bürgerthum oder mindestens ein Theil desselben für Wiederaufrichtung solcher Schranken ein. Und warum?

Da ist, ohne daß man es Anfangs recht bemerkte, aus den Fugen und Ritzen der alten feudalen Staats- und Gesellschaftsburg das in den Ställen und Scheunen, den Werkstätten und den Häusern in dienender Stellung vorhandene Proletariat hervorgequollen und beginnt zu einer ziemlich festen und geschlossenen Masse zusammen zu wachsen. Ihm gefällt sich, wenn auch noch zögernd und zurückschauend der niedere Bürgerstand und der Bauer als natürlicher Bundesgenosse zu, denn auch für diese wird der Platz in dem neuen Staats- und Gesellschaftsbau zu enge, wo die „höheren Stände“, die durch „Geburt und Erziehung“ besonderen Beruf zu haben glauben, ihnen den Raum verkümmern.

Angst ergreift den armen Bürger, der da glaubt, mit dem Adel allein zu rechnen zu haben, der sehr zufrieden war, wenn der Graf und Baron mit Grollen erlauben mußte, daß der Kommerzienrath und der Oberbürgermeister sich mit ihm auf dieselbe Bank setzte. Er sieht den Staat und die Gesellschaft, die er für sich allein so schön glaubte zugeschnitten zu haben, wieder bedroht, er ruft nach Reaktion.

Dieser Ruf ertönt in dem Ausschnitt, den wir unsern Lesern mittheilten. Aber doch liegt im Ganzen eine tiefe Wahrheit. Man lasse aus dem oben Mitgetheilten alle fettgedruckten Stellen fort und lese ihn dann, so sind wir überzeugt, es wird keiner unserer Freunde viel dagegen einzumenden haben. Es ist dann ein großer und auch von uns offen anzuerkennender Fehler unserer Gesellschaftsordnung und besonders unseres Schul- und Erziehungswesens getroffen.

Dadurch, daß die Schulbildung im Großen und Ganzen ein Vorrecht des Geldbesitzes ist, kommt es, daß viele Personen in Lebensstellungen gebracht werden, welchen sie ihren Anlagen nach durchaus nicht gewachsen sind, zu welchen sie keine Befähigung und also keine Berechtigung haben.

Was berechtigt und befähigt zum Besuch einer Schule, die die Vorbereitung für die Beamten, Gelehrten, überhaupt für die sogenannte „höhere“ Laufbahn giebt. Etwa Anlagen und Fähigkeiten des Schülers? Bewahre, der Geldbesitz des Vaters.

Der Lehrgang der Schule ist neunjährig ohne Vor-schule. Kommt der Junge in neun Jahren nicht weit genug, und der Geldbeutel des Vaters langt, so werden aus den neun Jahren fünfzehn Jahre, auch mehr. Wer Geld und Sitzfleisch hat, sitzt sich endlich hindurch. Dann kommt die Universitätszeit. Geld, Glück und ein guter „Einpauler“, das Examen wird gemacht. Der Anwärter für die höhere Lebensstellung ohne Befähigung, ohne Anlagen nur mit der papierernen Berechtigung und der der Geburt ist da. Hat er die nöthigen Freunde in hohen Stellungen, vornehme Verwandte oder Gönner, so bekommt er auch einen guten Platz. Hat er dieses nicht und geht ihm das Geld aus, mögen seine Anlagen und Fähigkeiten noch so bedeutend sein, seine Berechtigung also außer Zweifel stehen, so ist der gelehrte Proletarier fertig. Der Unfähige sitzt im Amt, der Fähige geht und sucht Lebensglück, wo er es gerade findet. Das ist freilich ein Uebelstand, der nicht genug beklagt werden kann. Er hat aber für die Fortentwicklung der Gesellschaft zu bessern Zuständen den ungeheuren Vortheil, daß so den Verbesserungsbestrebungen sehr tüchtige und sehr gut geschulte Kräfte zugeführt werden.

Der gehafte gelehrte Proletarier, den die Reaktion so gerne als den geborenen Führer der Revolution hinzustellen sich bemüht, ist ein notwendiges Erzeugniß der Geldherrschaft auch da, wo es sich um Anlagen und Fähigkeiten handeln sollte.

Das Vorrecht der Bildung für den Besitz hat aber noch einen anderen großen Uebelstand. Freilich überschätzen viele Eltern ihre eigene Leistungsfähigkeit und die Anlagen ihrer Sproßlinge. Es bleibt ein großer Theil, ja ein erschrecklich großer Theil der Schüler der hohen Schulen auf den höheren Unterstufen hängen. Diese erreichen die Bildung nicht, die sie zur „höheren“, Laufbahn befähigt für eine handwerksmäßige Thätigkeit sind sie verdoberst sie haben ihre Zeit verloren, an besonderen Anlagen fehlt es ihnen und sie gehen meistens unter auf dem Markt des Lebens. Das ist auch unumstößlich richtig.

Nun möchte man gerne glauben machen, daß gerade aus diesen Personen, die man wohl vorzüglich „halbgebildete“ nennen möchte, die Führer der proletarischen Bewegung sich herausbilden. Diese Annahme ist aber ganz entschieden falsch. Das weiß jeder, der die Personen der Führer der sozialistischen Bewegung kennt. Einzelne wenige von ihnen sind freilich aus diesen in der Bildung unterbrochenen Personen hervorgegangen, aber sicher nicht aus

*) Wegen Raum Mangels für diese Nummer zurückgestellt.

der großen Klasse von ihnen, die wegen Mangel von Anlagen hängen blieben.

Man kann die Bildung vervollständigen auch außerhalb des Rahmens der Schulen und der Universitäten, wenn die nötigen Anlagen und die nötige Energie vorhanden sind.

Die große Mehrzahl der Führer der Proletariat ist von den niederen Volksschulen gekommen, viele sogar von den Landschulen. Hohe Anlagen und bewundernswürdige Energie haben sie zur Einsicht und Erkenntnis sich durcharbeiten lassen. Dem wissenschaftliche Generalstab der Arbeiter-Bewegung, dem gelehrten Proletariat, der volle Bildung hat, dem hat „Mangel“ an Anlagen und an Befähigung selbst der Gegner nicht nachsagen können. Hier gerade sind Personen ohne ziemlich bedeutende Anlagen ganz unverwendbar. Die reaktionären Reformen werden auch keine Aenderung bringen. Die Schulbildung sei in den Volksschulen auch noch mehr auf Formelkram und sogenannte sittlich-religiöse Erziehung beschränkt, befähigte und energische Köpfe des Arbeiterstandes werden heute immer Mittel finden, sich weiter zu bilden und sich die Fähigkeiten zu Führern anzueignen. Die Ueberproduktion an Gelehrten wird sich auch durch keine Beschränkung verwenden lassen, es wird also auch an gelehrten Proletariern nicht fehlen und eine Anzahl derselben wird sich stets der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen. Daß aber der gelehrte Proletariat gerade in der deutschen Arbeiterbewegung eine ganz andere und viel bedeutendere Stellung hat, als bei anderen Nationen, das ist auch das Ergebnis unserer Gesellschaftsformen, auf die wir wohl ein ander Mal zu sprechen kommen.

Die heutige Gesellschaft zieht sich im Laufe ihrer natürlichen Entwicklung ganz naturnotwendig ihre Todengräber selbst heran. Daran werden keine rückschrittlichen Reformen irgend etwas ändern. Selbst wenn die Träume des „Hannoverschen Courier“ eines nach Kasten oder nach Zahl der Millionen des Besitzes gegliederten Feudalstaates sich durchführen ließen, würde sich daran nichts ändern. Die Umformung ist notwendig geworden und wird sich vollziehen.

Armuth und Reichthum in Wien.

Die ergreifende Wahrheit des Dichterspruches:

„Elend giebt's, wovon die Welt zu reimen,
Mehr, als Thränen, um es zu beweinen.“

Ist der Wiener Bevölkerung schwerer als seit langem beim Bekanntwerden der Thatsache auf's Herz gefallen, daß von den 90 000 Kindern, welche die Schulen der zehn Bezirke Wiens besuchen, 2600 der nothdürftigsten Nahrung nur allzu oft entbehren, daß also jedes 35. Wiener Schulkind den Qualen des Hungers preisgegeben ist. Für den Unterhalt dieser verhungerten Schulkinder zu sorgen, wurde vielfach als selbstverständliche Pflicht betrachtet. Dieses zu erfüllen, hat dagegen die Wiener Armenbehörde, unter deren Augen doch die eben mitgetheilten Erhebungen die vollste Befestigung erfahren, abgelehnt und hat deren Speisung den Zuständigkeiten der Privatwohltätigkeit überwiesen.

Und zu diesem grausamen Entschlusse sah sich die Wiener Armenbehörde, wie sie behauptet, gezwungen, obwohl ihr doch im Jahrzehnt 1873—1882 jährlich durchschnittlich 2740 000 fl. zur Verfügung standen, die sich mit Hinzurechnung der durch die Privatwohltätigkeit aufgedachten Beiträge auf 3 1/2 Mill. Gulden erhöhen. Selbst diese so bedeutenden Mittel reichen eben zur Deckung der in raschster Weise ansteigenden Armenausgaben nicht hin, so daß die Großgemeinde Jahr für Jahr genöthigt ist, den durch das Erträgniß der Armenfonds nicht gedeckten Mehrbedarf aus den eigenen Geldern zu decken. In welcher umfassender Weise dies ganz regelmäßig geschehen muß, beweist der Umstand, daß die Schuld des allgemeinen Versorgungsfonds an die eigenen Gelder der Großgemeinde im Jahre 1882 fast 5 1/2 Mill. Gulden erreicht hatte, daß dieselbe bis 1885 auf 7 224 000 fl. anwuchs und der heuer zu deckende Abgang 620 000 fl. ausmacht. Diese fortgesetzte Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Armenpflege tritt aber trotz der äußersten, wie wir gesehen haben, die Grenzen der Menschlichkeit weit hinter sich lassenden Sparsamkeit ein, eine Sparsamkeit, welche die Organe der öffentlichen Armenpflege zwingt, dem Ansuchen einer immer größeren Zahl von Hilfsbedürftigen dadurch gerecht zu werden, daß sie die Zahl und die Höhe der den einzelnen Armen gewährten Unterstützungen einschränken!

Besser noch als die Höhe der Armenausgaben wird uns die Zahl der Armen Wiens über den Umfang des in der Hauptstadt herrschenden Massenelends aufklären.

Die größte Mehrzahl der Angaben des folgenden Aufsatzes sind den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt entnommen; die Angaben über das Armenwesen erstrecken sich ausschließlich auf die Zeit vor 1882, also die Zeit vor der Schaffung des Landesarmenverbandes. Nun ist es allerdings nicht leicht sich über die Zahl der in Wien wohnhaften und hier ihren Erwerb suchenden Armen Rechenschaft zu geben. Am besten eignen sich zur Entwicklung derselben noch die Erhebungen der Bezirks-Armen-Institute.*) Sie erstrecken ihre Wirksamkeit auch

auf die Borort-Neulerchenfeld, Hernals, Künsthau, Sechshaus und Rudolfsheim und betheiligen im Durchschnitt der Jahre 1873—82 jährlich 19,557 Arme. Da der Wiener Armenbezirk bei der letzten Zählung 893,604 Bewohner anwies, so gerieth also jeder 46. Bewohner dieses Gebietes wenigstens einmal im Jahre in eine solche Nothlage, daß er sich um ein Almosen von wenigen Gulden an das Armenamt zu wenden genöthigt war. Die durchschnittliche Höhe dieser Almosen beträgt 3 Gulden!

So fürchterlich überraschend das Ergebnis dieser Gegeneinanderstellung auch ist, enthält es doch nicht die ganze Summe des herrschenden Elends. Denn wir haben bis jetzt nicht auf den Umstand Rücksicht genommen, daß drei Fünftel der Bewohner Wiens für sämtliche, auch die zwei Fünftel nicht erwerbsfähigen oder nicht erwerbsfähigen Bewohner zu sorgen haben, daß sich also unter den Wittstellern bei den Bezirks-Armen-Instituten nicht nur allein-siehende, sondern wohl vorwiegend Erhalter und Ernährer ganzer Familien befinden, deren Noth also nicht die Noth eines Einzelnen, sondern die Noth ganzer Familien ist. Wir haben ferner in unserer Darstellung auf die bei den verschiedenen anderen Stellen, als dem Armendepartement des Magistrats, dem Bürgermeisterrath, der Polizeidirektion und den verschiedenen Privatwohltätigkeitsanstalten, stattfindenden vorübergehenden wie auf die zeitlichen und dauernden Unterstützungen keine Rücksicht genommen! Nach diesen Auseinandersetzungen wird man die Behauptung gewiß nicht für unberechtigt halten, daß die Armuth in Wien zu ungeahnter Höhe herangewachsen ist.

Den sichersten Aufschluß über den Reichthum, zugleich aber auch über die Wohlstandsgliederung der Wiener Bevölkerung überhaupt wird uns die Wohnungsstatistik liefern. Daß über die Bororte, welche doch mit der Stadt ein organisches Ganzes bilden, keine Angaben zu Gebote stehen, daß sich also die angeführten Zahlen nur auf die zehn inneren Bezirke erstrecken, wird das entworfen Bild als ein zu günstiges erscheinen lassen.

Die Grundlage für die Erhebung der Wohnverhältnisse in Deutschland bildet der Begriff des heizbaren Zimmers, der einer Erläuterung nicht bedarf. In Annäherung an diese deutsche Auffassung geben Sedlaczek und Löwy in ihrer Schrift: „Wiener Statistischer Bericht über die wichtigsten demographischen Verhältnisse 1887“ eine Zusammenstellung der Wohnräume ohne die Küche. Wenn wir nun die Erhebungen der letzten Volkszählung nach diesem Gesichtspunkte gliedern, so lassen sich drei Gruppen Wohnungen unterscheiden, jene mit 1 oder 2, jene mit 3—5 und mit über 5 Wohnräumen. Da auch die durchschnittliche Zahl der Vorzimmer als Wohnräume betrachtet werden, wozu sie in der That in sehr vielen Fällen dienen, und da die Kabinette ein Fünftel aller Wiener Wohnräume bilden, so kann die erste Gruppe als die der ärmlichen, die zweite als die der ausreichenden und die dritte als die der bequemen Wohnungen bezeichnet werden. Im Jahre der Zählung boten nun 66 pCt.) der benutzten Wohnungen nur eine ärmliche Unterkunft. 1869 war ein Viertel der gesammten Einwohner Wiens und der Bororte entweder Astermiether oder Schlafburischen man zählte in Wien 92 000 Astermiether und 46 000 „Bettgeher“, in den Bororten wohnten 29 000 Astermiether und 19 000 „Bettgeher“ d. h. Schlafburischen und Schlafmädchen.

Wir werden also nicht fehlgehen, wenn wir behaupten, daß von 1000 Haushaltungen Wiens 700 zum Theil der Dürftigkeit, zum Theil sogar der bittersten Armuth anheim fallen; damit hört aber jede Verwunderung über die Zahl der Armen und die Zahl der hungernden Schulkinder auf; die verschiedenen Zahlen stimmen nur zu gut überein.

Im Allgemeinen wird man annehmen können, daß die Wohlstandsgliederung der Wiener Bevölkerung nicht günstiger und nicht ungünstiger ist als in anderen Städten, deren natürliche Entwicklungsbedingungen jenen Wiens entsprechen; insbesondere wird dies in Bezug auf den daselbst herrschenden Reichthum zutreffen. Darin liegt aber wenig Trost, denn in allen diesen Orten zieht trotz der ungemessenen Steigerung der Gütererzeugung die Dürftigkeit und die Armuth fürchterliche Kreise, so daß der größte Theil der Einwohner auch die nothwendigsten Bedürfnisse nur in mehr oder weniger unzulänglicher Weise zu befriedigen vermag. Auf die Vertheilung des Einkommens wirft Michaels Angabe ein Streiflicht, daß in Hamburg im Beginne der Siebziger Jahre zwar nur 3,5 pCt. aller Steuerpflichtigen über 12 000 Mark Einkommen bezogen, diese aber etwa die Hälfte des gesammten versteuerten Einkommens besaßen! Ein dreißigstel der Bevölkerung bezog die Hälfte alles Einkommens! So wird es auch in Wien ähnlich liegen.

Durch die Hebung des Armenwesens ist natürlich die Milderung solcher Zustände nicht zu erzielen, zu groß ist die Noth des vierten Standes geworden, und zu schwere wirtschaftliche Gefahren bedrohen die Zukunft des Mittelstandes, als daß dagegen durch die Hebung der Armenpflege irgendwie erfolgreich könnte angeknüpft werden.

Das Uebel muß vielmehr an der Wurzel erfaßt und der um sich greifenden Verarmung durch gründliche soziale Umformungen Einhalt geboten werden.

*) Dürftige, welche zwar in Wiener Armenbezirke zuständig sind, aber außerhalb derselben wohnen, haben sich nämlich behufs Erlangung einer vorübergehenden Beihilfe unmittelbar an das Armendepartement zu wenden. Gegen Arme, welche in anderen Orten heimathsberechtigt waren, ging die Großgemeinde (durch Abschiedenlassen u. s. w.) sehr strenge vor, weil sie mit der

Rückvergütung der ihnen gewährten Unterstützungen durch ihre Heimathsgemeinden sehr trübe Erfahrungen gemacht hatten. Daher betrug die Zahl der in Wien nicht heimathsberechtigten betheiligten Armen während des Zeitraumes 1886—81 im Jahresdurchschnitt nur 76.

*) Hier sind auch die Wohnungen, die nur aus einer Stube bestehen, eingerechnet.

Diese Probleme mit allem Ernste ins Auge zu fassen, ruft uns auch die tiefe sittliche Bedeutung der wirtschaftlichen Lage für den Einzelnen auf; denn wohl keine Zeit liefert zahlreichere und beweiskräftigere Belege für den Stein'schen Satz: „Auf dem Grunde von 90 unter 100 Verbrechen ruht die dunkle Gewalt, die wir den Reichthum nennen“ als die unsere — unsere Zeit, in der wir es täglich vor Augen sehen, wie das heisse Streben nach Besitz das Rechtsgefühl, und die Ueberfälle des Besitzes die Sittlichkeit der oberen Zehntausend untergräbt und bereits untergraben hat, und wie den Proletariat der gellende Nothschrei seines Kindes um Brod dem Verbrechen in die Arme treibt.

Nach Dr. Rainer v. Reindöhl in den Bernerstorfer'schen „Deutschen Worten.“

Im sächsischen Landtage

fahren die fünf sozialdemokratischen Vertreter in rührigster Weise fort, die verschlafenen und unglaublich rückschrittlichen kleinen grün-weißen Bourgeois aus ihrer vor-sintfluthlichen Ruhe aufzurütteln.

Bei der neulichen Verathung des Departements des Innern bot sich hierzu wiederum reichlich Gelegenheit.

Der Abg. Bollmar brachte zunächst die bekannte Geschichte von dem Spion Schmidt und dem Dispositionsfonds des Ministers zur Sprache. Herr v. Rostiz-Wallwitz bestritt natürlich, daß aus seinem Fonds jemals Gelder zur Spionage gegeben worden seien. Fest aber steht — um einen Ausdruck des Herrn Ministers zu gebrauchen — „aera perennius“ (dauernder als Erz), daß die politische Spionage Sachsens im Auslande eine Zeit lang von einem Menschen besorgt wurde und daß Zeugnisse im Inlande zur Verdächtigung ehrlicher Männer auf Aussagen eines Spiones herrührten, welcher der Polizei als gemeiner Verbrecher bekannt war und sodann auch wegen dieser gemeinen Verbrechen zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist!

Bebel kam alsdann auf die mit dem Gesetz in schärfstem Widerspruch stehende Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes zu sprechen. In Sachsen besteht hier ein Gesetz, das zu den reaktionärsten gehört, die in Deutschland überhaupt existiren, ein Gesetz, das schon durch die Zeit, in der es entstanden ist, den Stempel der Reaktion an der Stirne trägt; es datirt vom 20. November 1850. In diesem Gesetze, das in mancher Beziehung sogar weiter geht, als das Sozialistengesetz, ist auch ein Paragraph und zwar der § 24, welcher bestimmt: „daß Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, keine Zweigvereine bilden oder mit anderen Vereinen in Verbindung treten dürfen“. Es giebt aber auch Vereine, wie die Turn- und Militärvereine, die Feuerwehren, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten früher nicht befaßt haben und daher nicht unter das Vereinsgesetz gestellt worden sind. Befassen sich aber diese Vereine mit öffentlichen Angelegenheiten, so versteht es sich jedoch von selbst, daß von Seiten der betreffenden Behörden, der Bürgermeistereien, der Amtshauptmannschaften, der Kreisauptmannschaften und in letzter Instanz vom Ministerium des Innern dafür Sorge zu tragen ist, daß die betreffenden Vereine sofort dem Vereins- und Versammlungsgesetz unterworfen werden und dort, wo eine flagrant Verletzung gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz vorliegt, ihre Leiter und Vorsteher zur Verantwortung und zur Strafe gezogen werden. Bei der Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes hat sich nunmehr aber bei dem letzten Wahlkampfe herausgestellt, daß dasselbe mit außerordentlicher Strenge gegen die sozialdemokratische Partei und alle diejenigen, die man als „reichsfeindlich“ zu bezeichnen beliebte, angewendet wurde; daß aber eine außerordentliche Nachsicht gegen alle diejenigen obwaltete, die zur Regierungspartei, zur Kartellbrüderschaft gehörten. Für diese letzteren Parteien war das Gesetz nicht vorhanden, es existirte überhaupt nicht. „Aber nicht genug, — heißt es in der Rede Bebel's — daß für die betreffenden Parteien, resp. für ihre bezüglichen Vereine und Parteiorganisationen keine Nothwendigkeit bestand, sich nach dem Gesetze zu richten, wir haben sogar erlebt, daß im Lande eine große Reihe von Beamten und zwar gerade von denjenigen Behörden, die kraft ihrer Stellung verpflichtet gewesen wären, über die Aufrechterhaltung der Gesetze zu wachen, daß diese gerade es waren, welche an die Spitze dieser Gesetzwidrigkeiten sich stellten und die betreffenden Vereine und Vereinsverbände direkt noch zur gesetzlichen Uebertretung verleiteten.“ Bekannt ist es ja, daß das Präsidium der sächsischen Militärvereine, also die Spitze der gesammten sächsischen Militärvereine, in einem Aufrufe — der von Seiten der Amtsblätter, als sei er gewissermaßen offiziell, meist an der Spitze derselben abgedruckt wurde — die sämtlichen Militärvereine im Lande aufforderte, bei der Wahl für die reichstreuen Kandidaten zu stimmen, ein Vorgehen, das im größten Widerspruche mit den Bestimmungen des Vereinsgesetzes steht. Weiter haben Vorstände von Innungen ähnlich konservative Aufrufe erlassen. In Geyer hat der Bürgermeister Meyer sämtliche Vorstände der Vereine und Innungen offiziell zu sich beschieden und sie aufgefordert, für den Kartellkandidaten einzutreten. In Auerbach i. B. zog der dortige Militärverein nach öffentlicher Aufforderung durch seinen Vorstand, die Wacht am Rhein singend, nach dem Wahllokale, Amtshauptmann von Polenz an der Spitze. Dafür löst man aber Lohnkommissionen auf, weil sie politische Vereine seien und

in Geheimnis erklärte bekanntlich die Polizei sogar ein in öffentlicher Versammlung ernanntes Wahlkomitee von drei Personen für einen politischen Verein — ohne mit dieser Auffassung freilich vor Gericht dauernd durchdringen zu können.

Die Auffassung des Ministers spiegelt sich am besten in folgenden Worten seiner Entgegnung wieder: „Daß wir Vereine, die, wie die Militärvereine, es sich zur Aufgabe stellen, dem Landesherrn und dem Kaiser die Treue, die sie ihm als Soldaten geschworen haben, auch im weiteren Leben zu bewahren, nicht werden auf dieselbe Stufe stellen können, wie die Vereine, die derjenigen Partei angehören, deren Führer öffentlich erklären, daß sie die Republik anstreben, daß sie in Betreff des Eigentums Grundsätze haben, die mit der gegenwärtigen Staatsordnung unvereinbar sind, daß sie grundsätzliche Atheisten sind, — nun, meine Herren, das liegt auf der Hand!“ Das Vereinsgesetz soll also in Sachsen nicht für alle Staatsbürger in gleicher Schärfe oder Milde bestehen; der Herr Minister kann nicht anders!

Zum Schluß der Sitzung kam der Abg. **Vollmar** auf die Leistungen der **sächsischen Fabrikinspektoren** zu sprechen, die leider sehr viel zu wünschen übrig lassen. Theils rührt dies, wie überall, von den unzureichenden Befugnissen dieser Beamten her, theils aber auch daher, daß sie allzu sehr in Klassenvorurtheilen befangen sind. „Gerade als Freund des Gewerbeinspektorats und seiner Entwidlung — äußerte Herr Vollmar — muß ich es aussprechen, daß die Auffassung, welche die Gewerbeinspektoren von ihrer Stellung zu den Unternehmern einerseits und zu den Arbeitern andererseits in ihren Amtshandlungen und namentlich in ihren Berichten befunden, im zunehmenden Maße das Fremden und Mißtrauen der Arbeiter erregt. Es giebt ja in Deutschland lobenswerthe Gewerbeinspektoren, wie ich stets anerkannt habe; aber leider finden diese wenig Nachahmer. Ich bestreite nicht, daß auch einer oder der andere der sächsischen Inspektionsberichte einen verhältnismäßig günstigen Eindruck auf mich gemacht hat. Aber im Ganzen gehört die Mehrheit der sächsischen Gewerbeinspektoren keineswegs zu denjenigen, welchen besonderes Lob zu spenden ist. Urtheile, welche von Unabhängigkeit des Geistes und gesellschaftlicher Erkenntnis zeugen, sind höchst selten, überwiegend herrscht eine tiefe Befangenheit in Klassenvorurtheilen. Die Gewerbeinspektoren sind nach den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung eingesetzt zum Schutze der Arbeiter gegen Ueberausbeutung. Diese Aufgabe wird ja von einigen Gewerbeinspektoren mehr oder minder ernst genommen — zweifellos. Wer dagegen bloß nach den Berichten verschiedener anderer Gewerbeinspektoren urtheilen wollte, der könnte wahrhaftig auf die Vermuthung kommen, daß die Gewerbeinspektoren vielmehr zum Schutze der Unternehmer aufgestellt seien. Von einer Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, von einem Eindringen in das Wesen der heutigen Arbeiterbewegung keine Rede! Nicht wenige Inspektoren sehen in dieser Bewegung kein großes, tiefgehendes, weltgeschichtliches Ereigniß, keine gesetzmäßige Entwicklung ökonomischer Thatsachen, keine mächtigen, geistigen Triebkräfte. Die aufstrebenden Arbeiter erscheinen ihnen vielmehr als eine rohe, faule, genußsüchtige, widergesetzliche und begehrliche Rote, deren Ansprüchen man auf jede Weise entgegen treten muß. . . . Sie klagen über die Theilnahme der Arbeiter an Versammlungen und Vereinen — als ob das öffentliche Leben bloß für die höheren Klassen vorhanden wäre; sie schüren unablässig gegen die „schädlichen“ Fachvereine — als ob nur die Unternehmer allein ein Recht zur Vertretung ihrer Interessen hätten; sie nähren selbst eine Gegnerschaft gegen die freien Hilfsklassen der Arbeiter, obwohl dieselben vom Krankenkassengesetz ausdrücklich als im Allgemeinen gleichberechtigt mit den Orts- und Betriebsklassen anerkannt sind und obwohl dieselben lange vor Schaffung des Gesetzes ihre Leistungsfähigkeit und das Organisationstalent der Arbeiter erwiesen haben. Ja, es scheint fast, wie wenn die Inspektoren zu einem systematischen Kampf gegen die freien Hilfsklassen beauftragt wären, um den Zwangsklassen möglichst viel Mitglieder zuzutreiben. Würden die Gewerbeinspektoren außer der Ausübung ihrer technischen Kenntnisse auch ein wenig Fühlung mit der ökonomischen Wissenschaft suchen — wobei nicht gleich die Sozialisten gelesen zu werden brauchen, sondern zunächst schon einige Bekanntschaft mit Defonomen, wie Lujo Brentano, Roscher, Schmoller, Lorenz von Stein, Rodericus, genügen würde — und würden sie zur Anstellung von Vergleichen ein wenig die Berichte ihrer Kollegen in der Schweiz, in Oesterreich, in England und Nordamerika studiren: dann würden sie wahrscheinlich bald anfangen, das Emporstreben und selbstthätige Eingreifen der Arbeiter in die Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen, zu begrüßen und zu durchforschen, anstatt es zu verkennen und zu verfolgen. Und dann würden sie auch viel eher bestrebt sein, dem Uebereifer der politischen Organe, des Staates gegen Alles, was Arbeiterbestrebung und Arbeitervereinerung heißt, ein Hemmnis anzulegen, anstatt, daß sie jetzt mit jenen Behörden und den herrschenden Parteien in der Hege gegen die letzten kümmerlichen Reste von Koalitionsfreiheit weiterfeiern.“

„Noch ein Anderes — äußerte an einer anderen Stelle seiner Rede der Abg. Vollmar — muß ich aus der Reihe derjenigen Dinge, auf welche mir von den Gewerbeinspektoren — im Gegensatz zu anderen Sachen — eine zu weitgehende Aufmerksamkeit verwendet zu werden scheint, hervorheben. Es sind das die Sittlichkeitserwägungen, welche mir in den Berichten der Menge nach eine zu große, der inneren Kraft nach aber falsche Rolle spielen. Schon

der Trennung der Geschlechter während der Arbeit wird von vielen Inspektoren und anscheinend besonders von der leitenden Behörde andauernd zu große Bedeutung beigegeben. Während der Arbeit ist die sittliche Gefahr, so weit sie aus dem Zusammensein der männlichen und weiblichen Arbeiter hervorgehen soll, gering und die Erkenntnis davon könnte den Inspektoren nicht wenig Arbeit ersparen. Am befremdendsten aber zeigt sich die Hervorhebung dieser Sittlichkeitsbedenken, wo sie uns in den diesmaligen Berichten im Zusammenhang mit dem Gefindewesen entgegentritt. Ich habe ja zu allerletzt etwas dagegen einzuwenden, daß die Inspektoren auf alle Zweige der Lohnarbeit und damit auch auf das Gefindewesen ihre Aufmerksamkeit lenken und uns die Ergebnisse ihrer Beobachtungen mittheilen. Mit Rücksicht auf die sonstige Uebung ist es aber immerhin auffallend, daß gerade das Gefindewesen von den Herren so eingehend behandelt wird, wie es in den jetzigen Berichten der Fall ist. Jedenfalls aber ist mir neu, daß es zur Aufgabe der Gewerbeinspektoren gehört, den Arbeitern förmlich von einem Gewerbe abzurufen, um sie einem anderen zuzutreiben. Dies letztere geschieht aber in der That, und zwar, wie auf Verabredung, von der Mehrzahl der Inspektoren in Bezug auf das Dienstbotenwesen. Es scheint fast, als ob eine Anregung von der leitenden Stelle dahin ergangen sei, dahin zu wirken, daß die jungen Mädchen aus den Arbeiterfamilien sich mehr von der selbständigen Arbeit in der Großindustrie ab- und dem Gefindewesen zuwenden möchten. Verschiedene Inspektoren wissen nicht genug von dem hohen Lohn, der guten Verpflegung und der sorglosen Stellung der Dienstboten zu erzählen; sie sagen aber kein Wort davon, daß sehr häufig, wenn nicht in der Mehrzahl der Fälle, den Dienstboten von allen diesen Dingen das gerade Gegentheil erwartet. Ganz besonderer Nachdruck aber wird in diesem hohen Maße auf das Gefindewesen, auf den Segen der Familienzugehörigkeit, auf den wohlthätigen Einfluß der Frömmigkeit und Sittlichkeit im Hause der Dienstherrschaft gelegt, während die Gewerbeinspektoren die „Gefahren der Freiheit“, welche die Mädchen in selbständiger Arbeit und im selbständigen Leben laufen, in düsteren Farben malen. Im Eifer ihrer Ausführungen ist aber den Herren ganz und gar entgangen, daß nach der amtlichen Statistik die Zahl der unehelichen Geburten nirgendwo größer ist, als gerade bei den Dienstboten. So fallen z. B. in Leipzig uneheliche Geburten auf Fabrikarbeiterinnen 3,8 auf's Tausend, auf weibliche Dienstboten aber 4,8 auf's Tausend. Es kann also mit dem „sittlichen Einfluß“ des Dienstbotenwesens keineswegs sehr weit her sein, vielmehr müssen gerade im häuslichen Dienstverhältnisse und in der Familie der Dienstherrn Einflüsse wirksam sein, welche wesentlich zur Erhöhung der Zahl der unehelichen Geburten mitwirken.“

Auf die Ausführungen Vollmars über sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, über Arbeitszeit und Kinderarbeit vermögen wir leider nicht näher einzugehen. Nur die Schlusssätze des sozialdemokratischen Abgeordneten mögen hier noch Platz finden. „Es soll Niemand mehr freuen, — bemerkte Vollmar — als mich und meine Freunde hier, wenn sich das Gewerbeinspektorat recht bald in einer Weise entwickelte, daß die Inspektoren wirklich Vertrauensmännern der Arbeiter werden. Seien Sie überzeugt, daß die Arbeiter selbst nichts Anderes wünschen und es an dem Entgegenkommen ihrerseits nicht fehlen lassen werden, sobald sie sehen, daß die Inspektoren die Klassenvorurtheile abstreifen, die Verhältnisse, Bedürfnisse und Bestrebungen des arbeitenden Volkes begreifen und für seinen Schutz und die Besserung seiner Lage wirken. Noch muß ich anerkennend erwähnen, daß die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren auch diesmal, wie früher, im Wesentlichen vollständig veröffentlicht worden sind. Diese Uebung sollte sich eigentlich freilich von selbst verstehen; aber das im Reichsamte des Innern dem Reichstage gegenüber gegebene Beispiel beweist leider das Gegentheil. Wir erwarten also, daß wenigstens hier in Sachsen in der bisherigen Weise fortgefahren wird. . . . Jedenfalls kann man die Bedeutung und den Werth des Gewerbeinspektorates nicht mehr erschüttern und zu seiner Herabdrückung beitragen, als es kürzlich der eigentliche Minister für „Sozialreform“, Staatssekretär von Boetticher, gethan hat, indem er bestritt, daß die Berichte der Gewerbeinspektoren etwas zur Fortbildung unserer Kenntnisse über die sozialen Zustände beitragen könnten!“ Wäre das in der That so, dann könnten Sie sich die Kosten für die Gewerbeinspektoren gleich am besten ersparen. Jedenfalls glaube ich, daß eine derartige Aeußerung ins Licht zu stellen und energisch zurückzuweisen ist. Die Berichte der Inspektoren sind allerdings weit entfernt, ein erschöpfendes und getreues Bild der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage des arbeitenden Volkes zu geben; aber sie lassen wenigstens den Schleier, welcher so lange die Sozialzustände überdeckt und im Dunkel gehalten hat, bei einem Ende und läßt ihn immer mehr.“

Mein Sachsen lob' ich n. r.!

Aus der Sitzung, welche wir eben berührten, haben wir noch folgende Einzelheiten hervor, die für den Ton in der Kammer und für die Anschauungen der Durchschnittsabgeordneten charakteristisch sind. Abg. Schred (Kartell) über die Zulässigkeit der Spionage. „Daß der Herr Abg. Webel nicht selbst im Lande herumreist und sich nicht selbst erkundigt hat, ob Das, was er hier behauptet, wahr sei, liegt auf der Hand. Er hat also eine Anzahl Zuträger (Herr Schred meint: Gewährungsmänner, Jungen, Mädchen) und diese sind ebenso Spione, wie diejenigen, welche die Behörden

brauchen, um das verfassungswidrige Treiben der Sozialdemokraten zu erörtern. (Sehr richtig! ertönt es aus der Kammer). Wenn ich da zwischen beiden Spionagen wählen soll, dann erkläre ich, sind mir jene geheimen Nachforschungen der Regierung lieber.“

Präsident Dr. Haberkorn: Der Herr Abg. Webel hat in seiner Rede, abgesehen von allem Ueberflüssigen (Heiterkeit) unter Anderem gesagt:

„Wenn die Behörden sich als solche in den Wahlkampf mischen, die Gesetze mit offener Hand Ungerechtigkeiten gehandhabt werden.“

sowie: „für die Kartellbrüderschaften war das Gesetz überhaupt nicht vorhanden.“

Ich muß solche Behauptungen als unstatthaft und unberechtigt erklären. Gott sei Dank, noch herrscht in Sachsen Recht und Gerechtigkeit und wir können den Gegenbeweis, den der Herr Abg. Webel zu unternehmen versucht hat, nicht für gelungen erklären. (Bravo!) Begehrt noch Jemand das Wort?

Abg. Uhlmann (Stollberg): „Meine Herren! Es thut mir wirklich leid, daß ich nicht in der Lage bin, dem Herrn Abg. Webel gegenüber eine thatsächliche Berichtigung auszusprechen, insofern er (bei der Besprechung des ungeleglichen Aushängens der Steuererstantenlisten. D. Red.) die Städte Stollberg und Geyer, welche beide meinem Wahlkreise angehören, angeführt hat. Ich bin nicht unterrichtet, ob es wahr ist, daß diese Listen öffentlich ausgehängen haben; kann aber kaum glauben, daß ein rechtskundiger Bürgermeister Angelegenheiten anordnet.“

Präsident Dr. Haberkorn am Schluß der Debatte über die Fonds und über die Handhabung des Vereinsgesetzes: Wenn Niemand weiter das Wort begehrt, schließe ich die Debatte. — Der Herr Referent! — Referent v. Dohlschlägel: Ich glaube es dem Gefühl der Kammer schuldig zu sein, auf die Debatte, die sich eigentlich bei dem Ministerium, nicht um das Ministerium entsponnen hat, nicht weiter einzugehen. (Sehr gut! aus der Kammer.)

Vizepräsident Georgi, Großfabrikant und Vorsitzender der Handelskammer zu Plauen: „Es ist geklagt und der Vorwurf erhoben worden, daß man nicht gegen die Unternehmerkoalitionen irgendwie vorgehe, nicht gegen die Lokobrüdererei der vereinigten Unternehmer. Ich glaube, man thut es einfach deswegen nicht, weil es solche Unternehmerkoalitionen bei uns (in Sachsen) gar nicht giebt!“

Rittergutsbesitzer v. Dohlschlägel: „Meine Herren! Daß sich unsere sächsische Gesetzgebung und unsere sächsische Regierung immer befreit hat, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu heben, namentlich mit im Interesse der Arbeiterschaft, weil wir ein stark bevölkertes Land haben, können Sie z. B. daraus ersehen, daß unsere sechziger Gewerbeordnung (I) schon für die Rechte und den Schutz der Arbeiter eingetreten ist zu einer Zeit, wo die Sozialdemokraten noch nicht auf jener Bank saßen, also behaupten Sie nicht, meine Herren, daß die Interessen der Arbeiter ernst gewahrt worden sind, seitdem Sie hier sitzen.“

„Sehen Sie, mein Herr, wenn ein Arbeiter einmal aus Sachsen hinausgeht, kehrt er gern bald heim und dann sagt er: es ist nirgends so gut, als in Sachsen. (Ironischer Jurist Geysers: Krummhermersdorf!) Das ist schwach; auf diesen Einwand brauche ich nicht einzugehen.“

— Das waren noch immer die höflichen Sachsen. Nun zum Schluß noch ein Beispiel, wie sich der Sachse auch entrüsten kann, besonders wenn gar kein Anlass dazu vorliegt.

Abg. Webel: „Meine Herren! Ich möchte behaupten, daß, wenn man jedes Einzelnen prüft, auch unter uns, unterwachte, mancher Zweifel entstehen dürfte, inwiefern er auf das „wahre Christenthum“ als richtig geachtet sich herausstellt. (Große Lärche. Pui! Pui! Pui! Rufe: Zur Ordnung! Mehrfache Pui!) Ich möchte glauben, daß man vielfach zu einem Ergebniss käme, das hart an Atheismus streift, und daß sehr Vieles sich von dem Standpunkt, wie er heute in der Kirche vertreten wird, als abweichend herausstellte. (Pui! Zur Ordnung!)“

Ueber das Leichenbegängniß Mar Kayser's

geht uns noch folgender Bericht zu: Mar Kayser wurde am ersten Ostertage begraben. Er ruht nicht fern einer für alle Zeiten geweihten Stätte, deren Denkstein die Worte trägt: „Hier ruht, was sterblich war von Ferdinand Lassalle, dem Denker und Kämpfer.“

Die Anteilnahme an dem Geschied des verschiedenen Volksmannes äußerte sich in ebenso rührender wie erhebender Weise. Unüberschaubare Volksmassen bedeckten die Straßen der Vorstadt, die Gassen, der Friedhof und seine Umgebung. Eine überreiche Fülle von Lorbeer, von Palmenzweigen und Blumen spenden aller Art war dem zu früh Entschlafenen zu Füßen gelegt worden. Trauerbriefe, Weileidsadressen und Telegramme liefen unangesehrt aus allen Richtungen der Windrose ein. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war durch Singer und Kracker vertreten. Berlin, Dresden, Halberstadt, sowie viele schlesische und andere Städte hatten zu ihrer Vertretung beim Begräbniß Delegirte entsendet.

Ein Leichenzug durch die Straßen Breslaus, der sich imposant gestaltet haben würde, mußte leider aus sehr naheliegenden Gründen vermieden werden. Alle rothen Abzeichen mußten auf polizeiliches Geheiß entfernt werden, die stromhüllten rothen Schleifen sogar wurden von dem Sarge durch die Hand des Gesetzes heruntergeschneitten. Eine Rede, welche den beliebten und hochgeachteten Parteimann gewürdigt und gefeiert hätte, durfte nicht gehalten werden; dafür murmelte ein Mann in deutscher und hebräischer Sprache über den heidnischen Rosten Mar Kayser's einige unverständliche rituelle Formeln. Die Unzufriedenheit über alle diese Kleinlichkeiten und Scherereien wuchs in der Menge von Minute zu Minute, und nur der Besonnenheit und trefflichen Disziplin der Arbeiter Breslaus ist es zu danken, wenn Scenen der ernstesten Art vermieden wurden.

Ungeheure Menschenmengen geleiteten den theuren Todten auf seinem letzten Gange; endlich war die Gruft erreicht, und der Sarg verschwand unter dem monotonen Gepolter der fallenden Erdschollen. Nunmehr wurde Bahn für die Deputirten gemacht, die ihre Kränze niederlegten, wobei der Vertreter Berlins dem Sinne nach folgendes sprach: „Dem Kämpfer für Recht und Licht sendet den letzten Abschiedsgruß die Berliner Sozialdemokratie.“ Das zu verhindern war die Polizei einfach außer Stande, da sie für Minuten von Menschenmassen förmlich ummauert war; dafür aber hatte sie am Morgen des Begräbnißtages die Gemüthsruhe gehabt, den Abgestandenen Berlin mit einer wahrhaft ausschweifenden, sozusagen erotischen Höflichkeit in seinem Hotel behausucht zu haben.

Die Trauerfeierlichkeit war vorüber, aber der Name Mar Kayser schwebte auf den Lippen der Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen.

Ja, sein Gedächtniß wird dauernd gewahrt bleiben, denn seine hohen Gaben hatte er, getreu bis in den Tod, in den Dienst des Proletariats gestellt, sein Gedächtniß wird nicht erlöschen, weil die Schläcken von ihm gefallen sind, und Dankbarkeit und Liebe seine Gestalt verklären werden. Sein Geist lebt unter und mit uns, solange der Geist der Menschheit unermüdetlich mit Gigantenkraft vorwärts und immer noch vorwärts drängt nach „Licht und Recht“, nach Freiheit und Erlösung. Vorwärts! —

*) Dort verhungern bekanntlich die Weber sammt und sonders.